

Ausgabe A Nr. 13

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,- Goldmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 15. Januar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Regierung Luther / Schiele / Stressemann
Brauns und Geßler bleiben.

Berlin, 14. Januar. (W.B.) Umlich. Die heutigen informativischen Besprechungen des Reichsministers Dr. Luther mit den Fraktionsvertretern haben zu einer grundsätzlichen Klarheit über die Art der zu bildenden Regierung gemäß dem bereits bekanntgegebenen Plan Dr. Luthers (Vertrauensmänner und Fachminister) und über die Verlorenfrage geführt.

den, weil man jetzt endlich das Zentrum soweit hat. Es „toleriert“. Wozu ist nun das lange Sträuben gewesen? Was jetzt kommt, hätte man rascher und schmerzloser haben können! Es ist freilich auch heute noch schwer zu sagen, ob und wie das Zentrum eine Rechtspartei geworden ist.

dungen schwankte, nun doch wieder in den Besitz der ausschlaggebenden Macht gelangt. Er legt ihm eine ungeheure Verantwortung auf, an der es schwer zu tragen haben wird! Vielleicht wird es versuchen das Schlimmste zu verhindern.

In den abendstunden zirkulierte in den parlamentarischen Kreisen die voraussichtliche Liste der Minister mit folgenden Namen: Reichskanzler Dr. Luther, Aussenminister: Dr. Stressemann (Dop.), Inneres: Schiele (Dnat.), Finanzen: Saemisch (Dop.), Wirtschaft: Reuhaus (Dnat.), Arbeit: Brauns (J.), Justiz und besetzte Gebiete: Dr. Schollen-Düffeldorf (J.), Wehrmacht: Dr. Geßler, Reichspost: Stingl (Bayer. Vp.), Ernährung und Landwirtschaft: Graf Ranig; für das Verkehrsministerium wurde noch kein bestimmter Anwärter genannt.

Präsident Bartels eröffnete die gestrige Landtagsitzung um 3 Uhr. Er gedenkt zunächst, während die Mitglieder des Hauses sich von ihren Plätzen erheben, des Eisenbahnunglücks bei Herne, das zu den schwersten seiner Art gehöre.

Braun nimmt den Kampf auf. Sein Appell an den Landtag. Atmosphäre der Verteilung und Schwächung erfüllt ist, mißdeutet wurde. Aber ich brauche nicht besonders für mich und meine Kollegen im Ministerium zu erklären: wir kämpfen nicht um unser Amt — (Lachen rechts) — für diese Auffassung haben Sie (nach rechts sprechend) in Ihren Kreisen kein Verständnis.

Die Regierung Luther wird eine ausgesprochene Rechtsregierung sein, und dieser ihr Charakter wird durch das Verbleiben der Herren Brauns und Geßler in keiner Weise verändert. Brauns und Geßler stellen sozusagen ihre „äußerste Linke“ dar, alle anderen Minister stehen nach viel weiter rechts als sie.

Ministerpräsident Braun. Er geht zunächst auf seinen bekannten Standpunkt in der Verfassungsfrage ein und nennt das Verhalten der Deutschnationalen und der Volkspartei einen Versuch, ihre wahren Gründe zu überbergen.

Vertagungsantrag der Koalition angenommen. Eine Reihe weiterer Gegenstände werden mit der Beratung verbunden. Abg. Grzesinski (Soz.) beantragt zur Geschäftsordnung Vertagung bis zum Freitag.

Sozialdemokratie war bereit, jede Politik der Mitte zu unterstützen, um einen ausgesprochenen Rechtskurs zu verhindern. Da das Zentrum die Unterstützung der Sozialdemokratie ablehnte, blieb eben nur der ausgesprochene Rechtskurs übrig. Also, was da kommt, ist eine vom Zentrum tolerierte Rechtsregierung mit einem demokratischen Zivilisten als militärischen „Fachsminister“. Die Deutschnationalen haben es erreicht und sollen nun zeigen, was sie können!

Aber auch an der Sozialdemokratie ist es jetzt, zu zeigen, was sie kann! Ihre Gefühle gegenüber der Regierung Luther-Schiele-Stresemann auszudrücken, ist ganz überflüssig. Da fragt sich nicht, ob gekämpft werden soll, sondern nur wie der Kampf am wirkungsvollsten zu führen ist. Zum erstenmal seit sechs Jahren ist eine klare Situation vorhanden, in der die Rolle der Opposition der Sozialdemokratie zugefallen ist. In der Opposition ist die Sozialdemokratie groß geworden, und so wird es bald heißen: „Der Riese hat wieder die Mutter berührt, und es wachsen ihm neu die Kräfte.“

In Preußen reifen inzwischen die Dinge der Entscheidung entgegen. Der Ministerpräsident hat in seiner Rede im Landtage heute die große Linie aufgezeigt, die während der dreijährigen Arbeit der großen Koalition innegehalten wurde. Diese Linie weist auf allen Gebieten preussischer Staatsarbeit deutlich den Weg nach oben, zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau des wirtschaftlich erschütterten Landes. Eine solche dauerhafte Arbeit an der Befundung konnte nur geleistet werden, weil sich die Koalitionsparteien nicht nur der Zahl nach, sondern auch in dem festen Willen zusammenschlossen, die junge preussische Republik in den politischen Wirren der Zeit vor allzu starken Erschütterungen zu bewahren.

Diese Arbeit der preussischen Koalition konnte, wie sich von selbst versteht, nicht die Grundzüge jeder einzelnen der beteiligten Parteien zur Durchführung bringen. Nur im gewollten Zusammenklang der verschiedenen Tendenzen war es möglich, ein verhältnismäßig reibungsloses Funktionieren der Regierungsmaschine und dadurch einen nicht unerheblichen Fortschritt für den Staat zu erzielen. Das ist von allen Seiten, nicht zuletzt auch von der Volkspartei, immer wieder anerkannt worden.

Nun hat plötzlich die volksparteiliche Fraktion, der höheren Weisung aus dem Reich folgend, ihre Minister aus der Koalitionsregierung zurückgezogen. Sie hat die große Koalition, nach der sie Jahre hindurch verlangt hatte, selbst zerfallen lassen. Es bleibt ein Kumpfkabinett, das aus Mitgliedern der alten Weimarer Koalition besteht. Dies Kabinett kann nach der preussischen Verfassung gestürzt werden, wenn wenigstens 226 Abgeordnete — das heißt mehr als die Hälfte aller vorhandenen — durch ausdrücklichen Beschluß ihm das Vertrauen entziehen. Das Kabinett hat durch den Ministerpräsidenten Braun erklären lassen, daß es sich selbstverständlich einem solchen Beschluß füge, aber glaube, seine verfassungsmäßige Pflicht zu verletzen, wenn es vorher zurücktrete.

Die Volkspartei will das Vertrauen entziehen durch einen Antrag, der die irrierte Ansicht ausspricht, daß jeder neu gewählte Landtag auch den Ministerpräsidenten neu wählen müsse, und daß deshalb die Regierung nicht mehr die verfassungsmäßigen Grundlagen habe. Wegen diesen Versuch, klare Verfassungsbestimmungen durch juristische Auslegungskünste in ihr Gegenteil zu verkehren, hat sich das preussische Kabinett, gestützt auf die Gutachten von anerkannten Rechtslehrern, bisher mit Nachdruck gewehrt und, indem es die Vertrauensfrage stellte, den Landtag zur Entscheidung aufgerufen.

Der Landtag hat sich nach der Regierungserklärung bis zum Freitag vertagt. Dann soll die Besprechung der Regierungserklärung erfolgen und ihr sich die Abstimmung über die verschiedenen Anträge anschließen, die von der Opposition von Wulle bis Pled eingebracht sind. Eine Probe für den möglichen Ausfall dieses Entscheidendes bildete heute schon die Abstimmung über den von der Sozialdemokratie gestellten Vertagungsantrag. Von den 450 Mitgliedern des Hauses waren 405 anwesend, also eine verhältnismäßig starke Zahl. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten stimmten für die Vertagung, alle anderen Fraktionen dagegen. Ergebnis:

die jetzige Regierungskolonie erhielt 206, die Koalition von Paul Hoffmann über Campe und Windler bis Wulle nur 199 Stimmen!

Das ist zwar nur eine kleine Mehrheit, aber wenn die beteiligten Parteien fest bleiben, dann könnte die gegenwärtige Regierung jedem Mißtrauensantrag ruhig entgegensehen. Er wird nicht angenommen werden, weil mindestens 226 Abgeordnete dazu erforderlich wären und eine solche Zahl auf einen Antrag kaum jemals zu vereinigen ist.

Wenn die Parteien fest bleiben! Aber die Leute, die im Reich das Zentrum zum Unfall auf die Bürgerblockseite glauben gewonnen zu haben, rechnen augenscheinlich damit, daß nach Abschluß der Verhandlungen im Reich auch das preussische Zentrum ihren Lockungen Folge leisten würde. Eine Korrespondenz weiß zwar zu berichten, daß der Deutschnationale o. Kries mit dem Zentrumminister Hirtlsiefer eine Rückfrage über die Möglichkeit einer Rechtsregierung gehabt und daß Hirtlsiefer dabei erklärt habe, er könne eine solche Entscheidung nicht mitmachen. Aber eine spätere Meldung, die das Nachrichtenbureau verbreitet, will wissen, daß Hirtlsiefer nur für seine Person gesprochen und keinen Auftrag von der Fraktion seiner Partei gehabt habe.

Hirtlsiefer ist aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen. Er hat gegen den Klassenegoismus der Besessenen mehr als einmal kräftige Worte gefunden. Kein Wunder, daß er bei den Deutschnationalen fast ebenso beliebt ist wie die Sozialdemokraten. Brauchte doch eine Wahlschrift der Deutschnationalen (Nr. 191) unter dem Rubrum „Ruhnießer der Futterkrippe“ auch diesen Steckbrief: „Hirtlsiefer, Schlosser, Preussischer Wohlfahrtsminister“.

Daß Herr Hirtlsiefer gegen Freundschaftsbeweise von den Deutschnationalen, die ihn persönlich als „Ruhnießer der Futterkrippe“ beschimpften, ein mehr als gelindes Grauen empfindet, ist begreiflich. Aber ist nicht dieselbe Beschimpfung im Reich gegen eine ganze Anzahl von Zentrumspolitikern erhoben? Und hat sich das Zentrum nicht doch schließlich dem Besitzbürgerblock unter Luthers Führung zur Verfügung gestellt?

In Preußen wie im Reich hängt die Entscheidung beim Zentrum. Wenn es will, wie bisher, ist der Sturm gegen die Regierung Braun-Hirtlsiefer-Severing-Wendorff bald verpufft. Schwankt es aber auch in Preußen ein in die Linie des Bürgerblocks, dann wird das Ministerium Braun-Severing-Wendorff wahrscheinlich durch ein solches von Windler-Boellgherold abgelöst werden. Und die Sozialdemokratie, auch in Preußen die stärkste Fraktion, würde zu ihm in schärfster Opposition stehen.

Die Dinge reifen auch in Preußen der Entscheidung entgegen!

### Ein Rechtsgutachten zur Preußenfrage. Ministerpräsident Braun im Recht.

Das preussische Justizministerium hat auf die von der Deutschen Volkspartei aufgeworfene Frage, ob auf Grund des Artikels 45 der preussischen Verfassung der Ministerpräsident nach einer Wahl zurückzutreten und jeder neue Landtag den Ministerpräsidenten auch neu zu wählen habe, ein Rechtsgutachten erlassen. Dieses Gutachten erklärt, daß der Wortlaut des Artikels 45 nicht mehr für die Verneinung als für die Bejahung dieser Frage spreche. Die Richtigkeit dieser Auffassung werde auch durch die Entstehungsgeschichte der Verfassung bestätigt. Auch sonst kenne die Verfassung keine Bestimmung dieser Art. Das Gutachten betrachtet außerdem die Auffassung für verfehlt, als ob das Staatsministerium nur ein Ausschuss des Landtages oder seiner Mehrheit sei. Die Abhängigkeit der Regierung vom Landtage bestehe darin, daß sie des Vertrauens der Volkspartei bedürfe. Artikel 57 der preussischen Verfassung schreibe nur vor, daß der Ministerpräsident und andere Staatsminister dann zurückzutreten müßten, wenn ihnen der Landtag sein Vertrauen entzogen hat. Ein neuer Landtag habe es lediglich in der Hand, dem Staatsministerium sein Mißtrauen zu bekunden. Dadurch werde den Erfordernissen des parlamentarischen Systems vollständig genügt. Das Gutachten verneint ferner auch die Frage, ob das Staats-

ministerium nicht im Falle der Neuwahl des Landtages wenigstens zur Stellung der Vertrauensfrage rechtlich verpflichtet sei. Die Stellung der Vertrauensfrage sei nach der Verfassung niemals eine rechtliche Verpflichtung des Staatsministeriums, sondern stets seinem Ermessen überlassen. Das Gutachten gelangt überdies zu dem Ergebnis, daß die Verneinung der Vertrauensfrage nicht ohne weiteres der in der Verfassung vorgesehenen Entziehung des Vertrauens gleichzusetzen sei.

### Schafft Klarheit!

#### Die Kreditschiebungen der Wohnstättengesellschaft GmbH.

W.T.B. verbreitet über die satzungswidrigen Kreditvergebungen der Wohnstättengesellschaft G. m. b. H. eine Mitteilung, nach der die amtliche Nachprüfung sich besonders auf die Frage der hypothekarischen Sicherstellung der öffentlichen Mittel erstreckt. Diese Nachprüfung ist eigentlich selbstverständlich. Weshalb sie besonders unterstrichen wird, ist nicht recht ersichtlich. Die Wohnstättengesellschaft, gegebenenfalls ihre leitenden Persönlichkeiten müssen natürlich im vollen Umfang für die aus öffentlichen Mitteln gegebenen Gelder haften.

Soll durch die W.T.B.-Meldung die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der Angelegenheit abgelenkt werden, in die drei höhere Beamte verwickelt sind, unter anderem, wie wir bereits mitteilten, Regierungsrat Dr. Wenzel, der Schwiegerjohn des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Schiele? Neben der vom Rechnungshof des Deutschen Reiches angestellten Nachprüfung erscheint es erforderlich, die Nachprüfung auch darauf zu erstrecken, ob Mitglieder des Aufsichtsrats der Wohnstättengesellschaft in ihrer Eigenschaft als Beamte die Gewährung weiterer Mittel an die Gesellschaft befürwortet haben, obgleich sie davon Kenntnis hatten, daß Gelder in erheblichem Umfang an die Trianon-Filmgesellschaft weiterverliehen worden waren.

Die von der deutschnationalen Fraktion im Reichstag eingebrachte Anfrage über die Kreditkandale wird zweckmäßigerweise auch auf diese Angelegenheit mit ausgedehnt werden müssen.

### „Rechtsschieber am Werke.“

#### Ein Dementi der Müller.

Der Verein Deutscher Handelsmüller, der sich, wie wir mitteilten, für die Einführung von Reihzählen hinter dem Rücken des Parlamentes eingesetzt hat, sendet uns eine Zuschrift, die unsere Mitteilungen richtig stellen soll. Das geschieht jedoch nicht. Wenn behauptet wird, daß das Rundschreiben weder an Abgeordnete der rechtsgerichteten Parteien, noch überhaupt an Abgeordnete gerichtet sei, so stellen wir demgegenüber fest, daß diese Behauptung des Müllerverbandes unwahr ist. Das Rundschreiben befindet sich in unseren Händen und ist, wie ja auch sein Inhalt besagt, an Abgeordnete gerichtet. Im übrigen wird die Tatsache, daß das Schreiben versandt worden ist, nicht bestritten.

Dann aber heißt es in der Zuschrift:

„Soll durch dieses Rundschreiben der Reichsernährungsminister insofern zu einer geschwändrigen Handlungswelle veranlaßt werden, die Einführung von Reihzählen ist anders wie die von Streikbeschlüssen auf Grund des Gesetzes betr. Kuffung von übersehender Zollerleichterungen vom 5. April 1922 auf dem Verordnungswege, d. h. also durch Verordnung der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates möglich. Gedächtnis hierauf zielt unser Rundschreiben ab, und es kann nicht davon die Rede sein, daß der Reichsernährungsminister unter Ausschaltung des Parlamentes zu einer geschwändrigen Handlungswelle veranlaßt werden soll.“

Auch diese Auffassung ist von Grund aus falsch. Die Reichsregierung hat in ihrer Vorlage vom 22. August 1924, dem bekannten Gesetzentwurf über Zölle und Umsatzsteuer, selbst anerkannt, daß die Lebensmittelzölle nur durch Gesetz, nicht durch Verordnung wieder eingeführt werden könnten. Das wird auch ausdrücklich in der Begründung der Vorlage bestätigt.

Über selbst wenn man, wie es der Verein Deutscher Handelsmüller tut, ein derartiges Vorgehen nicht als geschwändrige Hand-

### Vergängliches.

#### Konzertschau von Kurt Singer.

Am Sonntag vormittag dirigierten Erich Kleiber und Bruno Walter zur gleichen Stunde Beethoven'sche Sinfonien. Einer Stadt, in der sich verschwenderisch große Kräfte am Werke sind, kann es künstlerisch nicht schlecht gehen. Wie diese beiden stärksten Exponenten verschiedener Dirigiermöglichkeiten sich mit dem immer noch aktuellen Problem Beethovens abfinden, das sei später einmal ausführlich untersucht. Von anderer Seite gesehen, erfüllen diese Konzerte der Prominenten nicht ganz ihren Zweck. Weder Walter noch Kleiber, deren Musikieren eine ungeheure propagandistische Kraft hat, geben sich gern und viel mit problematischen Werken ab. Es ist das dieselbe Erscheinung, die es jahreslangt verhindert hat, daß Wälsche, Gänge, oder Bruckner'sche Sinfonien Allgemeingut wurden. Es ist schon in der Vorarbeit bequemer, vor allem aber erfolgversprechender, die 9. Sinfonie von Beethoven, als eine noch ungeborene 10. Sinfonie von Mahler aufs Programm zu setzen. Unsere Prominenten haben es nicht nötig, durch Attraktionen im Programm Publikum heranzuziehen: sie sind ja selbst schon Attraktionen. Aber dem Dirigenten geht es wie dem Mimen: die Radwelt überhört sie, wenn mit ihrem Namen nicht der eines außerordentlichen Schöpfers verbunden ist. So werden Hans von Bülow für Brahms, Nikisch und Loewe für Bruckner als Apostel in der Geschichte fortleben. Für Mahler sehen sich jetzt schon zu viele ein, als daß mit ihm Weltgeltung für den Dirigenten zu erwerben wäre. Aber Walter war einer der ersten und führenden unter diesen Dirigenten, und Kleiber wird sich in seinen Konzerten allmählich auch für ein Programm entscheiden müssen.

Die neuen, die von Tinte noch feuchten Werke bringen uns auswärtige Dirigenten. Franz von Hoellin ließ durch Alma Woodie das Violinkonzert von Krenek zur Aufführung bringen. Es ist bisher das reifste, reinste, sowohl nach der Form wie nach dem Inhalt hin natürlichst gemachte Werk des jungen Komponisten. Ein virtuoses Stück, scheinbar ganz frei improvisiert, dennoch deutlich in Allegro, Andante und Scherzo gegliedert. Fast sieht es aus, als wolle Krenek zeigen, daß er auch ungeschicklich sein kann. Die krassesten und trübseligsten Weidboden der Musikgeschichte sind vermieden, es schillert zuweilen die alte Tonalität wieder durch. Ganz abgeschlossen ist diese Rückkehr zu unseren Vorbildern, die wir auch längst bei Strawinskis Musikerkonzerten entdecken, noch nicht. Das ist's wohl, was dem Werk Krenek's noch etwas Künstliches, Unorganisches verleiht. Sein Klangsinne steigert sich immer mehr und geht farbige Seitenwege; das Soloinstrument ist mit bravourosen Fräse, auch mit Reichtum bedacht. Am wenigsten kann der Mittelteil seinen Gehalt nicht das stärkste Attribut des Krenek'schen Wesens. Doch zu Ende des Werkes tritt ein tabellarischer Schluß, eine Publikumsprozedel gewählt wird, ist nicht mehr originell genug, um über die monotonen Logik hinwegzubringen. Unter Ohr verlangt, daß wir auf einen Abschluß vorbereitet werden und daß dieser Abschluß auch wirklich von Soloinstrument und Orchester besetzt wird. Alma Woodie spielte das Werk so herb, so leidenschaftlich, wie

es gedacht, so minutiös sauber, wie es nur gewünscht sein konnte. Ihre ganz große Kraft in Ausdruck und Technik bewies sie in der gleichen Weise bei Blottis A-Moll-Konzert.

Hi hier, bei Alma Woodie, ein Aufstieg innerhalb dreier Jahre von begabtem Anfang bis zur reifen aller Geigerinnen, zu verzeichnen, so bei Jan Kubelik ein Abstieg, der kaum mehr tiefer führen kann. Vor 20 und 15 Jahren ergänzte das Spiel dieses Geigers wenigstens die Hörer, die einen glatten und glänzenden Virtuosen als ein Geschenk des Himmels anahen. Heute ist dieser technische Glanz von dem alternierenden Kubelik gemolchen. Die Orchestrene von Spohr hört man selten öffentlich so ungeschicklich, so flach, so leblos spielen. Der Ton ist müde, ist heiler und gedehnt geworden, auch das Handgelenk zeigt nicht mehr die alte Elastizität und Geschmeidigkeit. Vielleicht war er indisponiert, vielleicht haben heiße Hände den Ton und für sich edlen Ton eines schönen Instruments so verschleiert. Sein eigenes Violinkonzert Nr. 6 kam unter solchen Spiel außerordentlich schlecht fort. So schlecht, wie die von einem Pflücker im Programmbuch geschriebene Hymne auf das Werk ist es sicher nicht, und eine solche qualvolle Analyse eines sprachunbewandten Anonymus hat das Werk nicht verdient. Dies in das Stammbuch der Konzertdirektion Robert Sady. Vorwiegend auf Virtuosität gestellt, im ganzen zu breit und zu wenig tief geraten könnte eine Wiederbegegnung mit dem Werk unter besseren Umständen den Eindruck nur virtuoser Arbeit revidieren.

Ignaz Friedmann, dem immer der Ruf eines glänzenden Chopin-Spielers anhaftete, hat in diesen Jahren des Kennenw zu halten gewußt. Auch diesmal wirtte seine delikate, schwungvolle, nach der Seite des Weichen wie des Kraftvollen gleich gut balancierte Art des Anschlages, sowie seine innere Beteiligung bei der Darstellung von Nocturnes, Etüden und etwa der F-Moll-Phantasie, bezeichnend. Im Dresdener Streichquartett steht man jetzt andere Köpfe, doch ist der Geist des Zusammenspiels der gleiche geblieben. Der Primgeiger obdriert von Temperament, er führt opus 56 von Beethoven fast zu mild und stürmisch. Die Instrumente aus der Werkstatt von Prof. Koch klangen bis auf das schnarrende und gedämpfte Cello sehr echt und gut. Die Konzerte dieser Quartettvereinigung verdienen regen Zuspruch. Ein neues Londoner Quartett, nach dessen Primgeiger Cotterall benannt, brachte als Erstausführung ein E-Moll-Quartett von Elgar. Dieser fruchtbare Komponist gilt in England als der Führer und bedeutendste Mann der nachromantischen Musik. Das Quartett hat keine eigene Farbe, kein eigenes Gesicht. Brahms ist der Urvater seines Allegro und Finale, und ein Empfinden für den langsamen Satz will sich gar nicht einstellen, da hier ein ganz winziges Motiv bis zur Grenze der Langenweile ausgebrochen wird. Im übrigen angenehme, wohlklingende, kaum überraschende Musik, die von der Kammermusikvereinigung würdig und gut erfüllt wurde. Ein wenig unter solchen Eindruck blieb die Aufführung des B-Dur-Trios von Schubert durch Charlotte Mel-Land, Alfred Kreis und Ernst Silberstein. Die Mel-Land, mit schönem Ton bedacht, drängt solistisch nach vor, während die mustantische Führung bei der ganz abtönenden Pianistin liegt und der Cellist erst bei den wirklichen Herzenstönen seines Instruments

worm wird. Im ganzen dürfte bei dieser herrlichen Musik, die in so langen melodischen Bogen ausschwingt, ein wenig mehr auf Phrasierungsnuancen, Einheiten, hauchartige Pausen geachtet werden. Bilo Günther verlor die für moderne österreichische Liedkomponisten einzutreten. Ihr Wille sei gelobt. Die Ausbildung der an sich schon kleinen Stimme ist noch nicht so weit gebieher, daß wirkliche künstlerische Eindrücke erzielt, musikalische Empfindungen übermittelt werden konnten.

Die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten. Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 28. August 1905 betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 23. Juni 1924 zur amtlichen Zeuherung überzandt. Aus dem umfangreichen Entwurf teilt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit:

In Falle übertragbarer Genickstarre haben sich die Ermittlungen des beauftragten Arztes außer auf den Kranken auch auf solche Personen in dessen Umgebung zu erstrecken, die an Kataren der oberen Luftwege erkrankt sind. Alle diese Personen sind verdächtig. Erreger der Genickstarre zu beheben und zu ihrer Verbreitung beizutragen. Alle anderen Personen in der näheren Umgebung des Kranken müssen als ansteckungsverdächtig gelten. Kranke, krankheits- und ansteckungsverdächtige Personen können einer Beobachtung oder, soweit sie obdachlos oder ohne festen Wohnsitz sind, oder beaufsichtigt oder gewohnheitsmäßig umherziehen, einer verordneten Beobachtung unterworfen werden. Kranke Personen sollen sofort abgefordert, und die Absonderung soll erst nach Vornahme bestimmter bakteriologischer Untersuchungen aufgehoben werden. Für das berufsmäßige Pflegepersonal können Verkehrlbeschränkungen angeordnet werden. Jugendliche Personen aus Häusern, in denen eine Erkrankung an übertragbarer Genickstarre vorkommt, haben bei einer Gefahr der weiteren Verbreitung der Krankheit durch sie dem Schulbesuch fernzubleiben. Des weiteren werden in dem Entwurf die Desinfektionsvorschriften im einzelnen geregelt.

In ähnlicher Weise sind in dem Entwurf Maßnahmen zur Bekämpfung der epidemischen Kinderlähmung getroffen. Die Überführung von Kindern in ein Krankenhaus oder in einen anderen geeigneten Unterstufortraum darf gegen den Widerspruch der Eltern nicht angeordnet werden, wenn nach der Ansicht des beauftragten oder behandelnden Arztes eine ausreichende Absonderung in der Wohnung sichergestellt ist.

Eine neue literarische Vereinigung ist unter dem Titel „Heinrich Heine“ und ist zeitgenössische Dichtung“ ins Leben gerufen worden. Die Vereinigung hat die Aufgabe, die Werke Heine's zu veröffentlichen. Die Mitglieder sind regelmäßige Autorenabende und Theaterbesucher. Dem Vorstand der Vereinigung gehören u. a. Diegenheim, Robert Müller und Joachim Ringelnatz an.

Bekannte Deutsche auf Brücken. Die bekannten Deutschen mit dem Bildnis des Generalgouverneurs Erzbau sollen, wie wir erfahren, der Anfang zu einer deutschen Porträtsammlung sein, die die Bildnisse berühmter deutscher Männer bringen wird. Das wird die erste Ausgabe dieser Art in Deutschland sein.

lung ansehen wollte, so genügt uns das Eingeständnis, daß man den Verordnungswege gesucht hat, der ausdrücklich deswegen beschränkt werden sollte, weil die Reichsrolle sonst in der Öffentlichkeit und im Parlament auf Widerstand gestoßen wäre. Das von uns zitierte Rundschreiben enthält an mehreren Stellen den Hinweis darauf, daß eine öffentliche Beratung der Reichsrolle den Mätkern unerwünscht ist.

Das Volk sollte eben hinter Licht geführt werden, um plötzlich und ohne sein Zutun im Interesse einzelner Gruppen das Mehl verteuert zu erhalten. Man begreift daher, warum das Rundschreiben an rechtsgerichtete Abgeordnete gefandt worden ist. Denn nur von ihnen konnte man eine Unterstützung dieser Forderung erwarten.

Das Ganze ist ein schöner Beitrag zu dem Kapitel: Politik und Geschäft.

## Der Angegriffene wehrt sich.

Erklärung der Verteidiger Barmat's.

Die Verteidigung der Brüder Barmat teilt durch eine Gerichts-korrespondenz folgendes mit: In der Presse werden fortwährend heftige und unberechtigte Angriffe, sowie direkte unrichtige Tatsachen veröffentlicht, denen ganz entschieden entgegengetreten werden muß.

1. Es ist die Behauptung aufgestellt worden, daß Julius Barmat in seinem Bureau zu Amsterdam ein Bild des Reichspräsidenten Ebert aufgehängt habe, unter das er selbst geschrieben hätte: „Mein Freund Fritz Ebert.“ Die Wahrheit ist: Julius Barmat hat niemals ein Bild des Reichspräsidenten in seinem Amsterdamer Bureau aufgehängt. Es ist ein Bild des Reichspräsidenten vorhanden, es liegt in einem Schranke des Privatbureaus, und zwar verschlossen. Dieses Bild ist eine Ansichtskarte und stellt tatsächlich den Reichspräsidenten Ebert dar. Julius Barmat hat dieses Bild von dem Reichspräsidenten persönlich erhalten, und zwar hat Herr Ebert eigenhändig darunter geschrieben: „Fritz Ebert.“ Es steht aber nicht darunter das Wort „Freund“ oder das Wort „Barmat.“ Julius Barmat ist in den Besitz des Bildes bei einer Abendgesellschaft im Jahre 1919 gelangt. Er war bei dem Herrn Reichspräsidenten eingeladen, nachdem er die deutschen Delegierten der internationalen Konferenz in Amsterdam im April 1919 bei sich empfangen und mit den französischen, belgischen und englischen Vertretern zusammengebracht hatte. Ueber Geschehnisse ist mit Herrn Ebert nicht gesprochen worden, da damals noch keine Gespräche mit den Reichsteilen gemacht worden sind.

2. Die russische Sowjetvertretung hat in einer Zeitung erklärt, sie hätte sich nie dazu entschließen können, mit den Barmats Geschäfts zu machen, da sie den Konzern Barmat niemals für seriös genug dazu erachtet hätte. Dazu ist folgendes festzustellen: Die ukrainische Sowjetvertretung hat mit der „Amerima“ einen größeren Vertrag über Lieferungen abgeschlossen. Nachdem die „Amerima“ ihren vertraglichen Verpflichtungen nachgekommen war, hat die ukrainische Sowjetvertretung solche Einwendungen erhoben, die den Zweck hatten, von dem Vertrage loszukommen. Es fand ein Schiedsgericht unter Vorsitz des Professors Singheimer in Frankfurt statt. Dieses Schiedsgericht gab der „Amerima“ recht und beendete die Einwendungen der ukrainischen Sowjetvertretung als nichtig und grundlos und verurteilte sie zur Leistung eines Schadenersatzes, der auch gezahlt worden ist. Nichtsdestoweniger hat die Sowjetvertretung nach diesem Urteil noch versucht, wieder mit der „Amerima“ in Verbindung zu treten.

3. Die kommunistische Presse hat Julius Barmat in der heftigsten Weise angegriffen. Auch in den Parlamenten sind die heftigsten Angriffe gegen ihn von kommunistischen Abgeordneten erhoben worden. Es ist demgegenüber festzustellen, daß der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion, der Abgeordnete Roemer, im Jahre 1920 als Mitglied der deutschen Delegation während des holländischen Transportarbeiterstreiks in Amsterdam bei Julius Barmat vorgeschritten und ihn um Auszahlung seiner Verbindungen zum Transport von Lebensmittel nach Deutschland gebeten hat. Bei dieser Gelegenheit hat er ein persönliches Darlehen von Julius Barmat erhalten. Von diesem Darlehen ist erst die Hälfte zurückgezahlt worden. Frau Roemer hat Herrn Barmat wiederholt und dringend gebeten, über diese Angelegenheit Schweigen zu bewahren, da ihr Mann die größten Unannehmlichkeiten davon haben könne. Julius Barmat hat bis heute über diese Dinge geschwiegen, angesichts der ungeheuerlichen Angriffe auf ihn muß er aber jetzt aus seiner Reserve heraustreten.

4. Ein landwirtschaftliches Kreditinstitut, dessen Leitung in deutschen und deutsch-österreichischen Händen ruht, hat von der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse einen Kredit von über 140 Millionen Mark zur Verwendung für die Landwirtschaftliche Genossenschaft erhalten. Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse ist nur berechtigt, zu diesem Zwecke Kredite zu gewähren. Dieses Kreditinstitut ist in der Presse von Barmat und seinen Kreditgeschäften abgerückt. Es soll zunächst nicht erörtert werden, ob das wirklich richtig ist. Vielleicht sagt aber das landwirtschaftliche Kreditinstitut, wohnen der von der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse für landwirtschaftliche Zwecke gegebene Kredit geflossen ist und ob das Hotel „Russischer Hof“ ein landwirtschaftliches Unternehmen darstellt.

5. Die Staatsbank (Preussische Seehandlung) hat sich gegenüber der „Amerima“ (B. u. B. H.), die ihre Kreditnehmerin ist, nicht die Barmats persönlich, auf den Standpunkt gestellt, daß ihre Forderung bereits fällig geworden ist. Dieser Standpunkt wird mit Entschiedenheit bestritten. In Rücksicht auf den Verfalltag, vom 15. September 1924 (sah) die Staatsbank, daß der Kredit bis zum 15. September 1924 und dann weiter jeweils laufend immer auf drei Monate prolongiert würde, wenn ihr Geldgeber, nämlich der Polistatus, seinerseits den Kredit an die Staatsbank prolongierte. Diese Prolongation erfolgte. Darauf beschloß die „Amerima“ im Oktober 1924 in Bezug auf dieses Schreiben der Staatsbank, daß die Kredite in der angegebenen Weise prolongiert werden, da der Polistatus seinerseits die entsprechende Prolongation gewährt habe. Damit war der Kredit bis zum 15. März 1925 verlängert. Es haben aber bereits Verhandlungen zwischen Ministerialdirektor Raue und der Staatsbank über weitere Verlängerungen stattgefunden. Darüber besteht ein Briefwechsel, nach welchem die Staatsbank nicht die geringsten Bedenken trug, den Kredit auch über den 15. März 1925 zu verlängern, wenn eine verstärkte Sicherheit gegeben würde, deren Einzelheiten bereits besprochen waren, es sollten nämlich für zwei Millionen zweifelhafte Hypotheken beigebracht und ein Aktienpaket der Aktion-Berle verpfändet werden. Das Aktion-Paket war bereits vor der Verhaftung der Barmats der Staatsbank überliefert. Die Lage für die Hypotheken war gegeben. Durch die Verhaftung wurden diese Transaktionen unterbrochen. Zweifelloser aber wäre der Kredit, da alles seine Lage war, über den 15. März verlängert worden, wenn nicht die Staatsbank sich zur Festnahme der Barmats geäußert hätte.

6. Es ist sehr merkwürdig, daß die Staatsbank plötzlich auf dem Standpunkt steht, die von der „Amerima“ gegebenen Sicherheiten seien schon bei der Hypothek des Kredits nicht genügend gewesen. Da der Kredit schon seit 1921 läuft, ist es nicht zu verstehen, warum von der Staatsbank nicht weitere Deckung verlangt worden ist. Die Staatsbank hat sogar im September 1924 neuen Überdeckung für etwa 600 000 Mark amtl. notierte Effekten zurückgegeben. Dies ist durch die Lombardabteilung geschehen, mit der Helwig und Rube nichts zu tun hatten. Im übrigen halten einzelne Beamte der Staatsbank nicht das Recht, Kredite zu gewähren. Das Gesamtdirektorium der Staatsbank beriet und beschloß mit Majorität die Gewährung und Verlängerung jedes einzelnen Kredites. Der ganze Kredit war bereits einmal abgedeckt gewesen und im Juni 1921 hatte die „Amerima“ schon vor Fälligkeit zweieinhalb Millionen bar bezahlt.

Ebenso ist bei der Stabilisierung der Währung eine Abrechnung der Staatsbank erfolgt. Zum 1. März 1924 hatte die Staatsbank 1 1/2 Millionen gekündigt. Diese Summe ist schon vor dem Verfalltag gezahlt worden.

7. Gegenüber den Behauptungen, daß Julius Barmat un-lautere Lebensmittelgeschäfte in Deutschland betrieben hätte, ist folgendes festzustellen: Barmat hatte etwa im Jahre 1920 an den Freistaat Sachsen für 211 Millionen Mark Lebensmittel geliefert und diesen Betrag gestundet. Die Bezahlung ist nachher mit entwertetem Gelde erfolgt, so daß er sehr erhebliche Verluste erlitten hat. Die Lebensmittellieferungen von Julius Barmat waren auch Gegenstand einer Beleidigungsklage gegen die „Berliner Volkszeitung“ und die „Deutsche Zeitung“. In dem Verfahren mußten die Beklagten an Barmat Ehrenerklärungen abgeben.

8. Bei dem Transportarbeiterstreik in Amsterdam im Jahre 1920 erreichte es Julius Barmat durch seine Beziehungen, daß die Arbeiter für Deutschland und Oesterreich in Amsterdam lagernden und bezahlten Lebensmittel, die sonst verkauft wären, abtransportierten.

9. Die Behauptung, daß die Barmats Mittel an das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gegeben und von den Erträgen ihrer Lebensmittelgeschäfte Quoten an die sozialdemokratische Partei abgeführt hätten, und daß dies die Bedingungen für die Gewährung der Lieferungen gewesen seien, ist unrichtig.

## Was ist Landesverrat?

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstags folgenden Antrag eingebracht:

§ 92 des Strafgesetzbuches erhält den folgenden dritten Absatz: Landesverrat im Sinne des Absatz Nr. 1 begreift nicht, wer über geschwellige Zustände wahrheitsgemäße Mitteilung macht.

## Das Ende einer Verleumdung.

Ein Monat Gefängnis für den Verleumder Dreifeld's.

Leipzig, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wegen öffentlicher Beleidigung des Genossen Dreifeld wurde der Redakteur Müller zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde dem Kläger Publikationsbefugnis auf Kosten des Angeklagten im „Vorwärts“, der „Kölnischen Zeitung“, der „Neuen Preussischen Zeitung“, der „Frankfurter Zeitung“ und der „Vossischen Zeitung“ angeprochen. In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß in dem Artikel kein Verweis für ein strafrechtliches Vergehen Dreifeld's durch seinen Besuch bei Herold erbracht wurde. Einen Volkvertreter des Landesverrats aus eigenem Vortell zu beschuldigen, ohne den geringsten Beweis zu erbringen, sei wohl das Schwerste, was man sich denken könne. Daher kam das Gericht zu dem Urteil, daß eine Gefängnisstrafe gerechtfertigt sei.

## Gegen das Magdeburger Urteil.

Rundgebung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Der erste Bundeskongress des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat folgende Rundgebung an den Reichspräsidenten erwidert:

„Die in Berlin zu ihrem ersten Bundeskongress versammelten Vertreter des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes entbieten Ihnen, Herr Reichspräsident, ihre besten Grüße.“

Wir erklären Republik und Verfassung mit allen Mitteln schützen zu wollen. Wir werden alles tun, um die gesamte Beamtenschaft mit republikanischer Weisheit zu erfüllen. Unser Vertrauen zu Ihnen, Herr Reichspräsident, wird auch durch die unersetzten Beschuldigungen, denen Sie in letzter Zeit ausgesetzt waren, nicht erschüttert.

Mit breiten Schichten des deutschen Volkes legen auch wir den Wunsch, daß Sie, verehrter Herr Reichspräsident, zum Wohle der Gesamtheit wie bisher weiter wirken mögen.“

## Mißbilligungsantrag gegen Graef.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der den Reichstag ersucht, dem deutschen Nationalen Vizepräsidenten Graef, Thüringen die Mißbilligung des Reichstags auszudrücken, weil er die mit seinem Amt verbundene Pflicht, dem Reichspräsidenten sich vorzustellen, nicht erfüllt hat.

## Krise auch in Hessen.

Zentrum endgültig gegen keine Koalition.

Darmstadt, 14. Januar. (Z.) Die alte Koalition zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten in Hessen ist nunmehr endgültig zerfallen. Das Zentrum hat vorgestern zu der durch das Scheitern der Verhandlungen am vergangenen Freitag geschaffenen Lage Stellung genommen und beschlossen, sich unter keinen Umständen mehr an der früheren Koalition zu beteiligen. Ferner beschloß das Zentrum, die große Koalition in Hessen anzustreben.

## Die Konfordsatsdebatte.

Billigungsantrag der Koalitionsparteien.

München, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Beratungen über das Konfordsat und die beiden Protestantenparagrafen im kaiserlichen Landtag zogen sich am Mittwoch den ganzen Tag hin. Nachdem Redner aller Parteien zu Worte gekommen waren, suchte der Ministerpräsident Dr. Held noch einmal die von der Opposition vorgebrachten grundsätzlichen Einwendungen zu widerlegen und verwendete dazu dieselben Argumente, die er bereits zu wiederholten Malen bei den Vorbereitungen im Verfassungsausschuss vorgebracht hatte. Schließlich verlas er den Wortlaut der bekannten authentischen Interpretation der Regierung zu den drei Kirchenparagrafen und erklärte, daß diese Interpretation nunmehr der Beschlussfassung des Landtages unterstellt würde. Gabe ihr der Landtag seine Zustimmung, so werde die Regierung diese Interpretation auch den anderen Kontrahenten der Verträge, das ist die Kurie und die beiden Präsidenten der evangelischen Landeskirchen, zur Konsolidierung vorlegen. Nach den Darlegungen des Ministerpräsidenten brachten die Koalitionsparteien folgenden Antrag ein: „Der Landtag billigt die Regierungserklärung und den Vollzug des Mantelgesetzes. Die Erklärung wird dem Mantelgesetz beigefügt und zugleich mit ihm im Gesetzverordnungsblatt veröffentlicht.“

Der Generalsekretär des Rheinischen Bauernvereins Dr. Karl Müller, der bei der Bildung des Kabinetts Cuno einen Tag lang Reichsernährungsminister war, dann aber infolge sozialdemokratischer Enthüllungen über seine separatistischen Bestrebungen im Rheinland innerhalb 24 Stunden zum Rücktritt gezwungen war, ist wegen Betrügereien aus seinem Amt als Generalsekretär des Rheinischen Bauernvereins entlassen worden.

## Frankreich und die Kölnbefehle.

Eintritt in der Nachtbräunung.

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der französischen Linken beginnt sich in wachsendem Maße die Einsicht durchzusetzen, daß es ein schwerer Fehler war, statt über die durch die militärisch-technischen Notwendigkeiten bedingte Hinanspruchung der Räumung der Kölner Zone mit Deutschland zu verhandeln, die angeblichen Verträge Deutschlands gegen die Ab-rüstungsbestimmungen zum Vorwand für die Nichtinhaltung eines im Friedensvertrag festgesetzten Termins zu nehmen, wodurch die seit dem Sommer eingetretene Besserung in den deutsch-französischen Beziehungen aufs Spiel gesetzt ist. Der sozialistische Abg. Udry schreibt heute: die französische Politik würde besser daran getan haben, die bisherigen Methoden fortzusetzen, nämlich, die demokratischen Elemente in Deutschland zu ermutigen und dem deutschen Volk zu zeigen, daß es in der Absicht Frankreichs liege, ihm nicht nur die Wiedererlangung normaler Zustände zu ermöglichen, sondern ihm auch alle Rechte eines freien, unabhängigen Staates zu sichern. Die Art, wie man die Nichtinhaltung des im Friedensvertrag festgesetzten Termins motiviert habe, erinnere stark an die Zeiten Volncarés, und diese Methoden seien um so betrüblicher, als nach keineswegs festgestellt sei, ob die deutsche Regierung wirklich eine Verantwortung treffe für die von der Militärkommission erwiderten geheimen Waffenlager. Man müsse sich nicht wundern, wenn derartige Maßnahmen auch in der deutschen Linken härtesten Protest auslösten. Udry läßt sodann ganz ungewiß durchblicken, daß Frankreich in die Affäre von Köln durch die Politik der englischen Konservativen hineinmanövriert worden sei, deren Interessen vor allem dahin gingen, Deutschlands Industrie und Handel lahmzulegen. Die Ereignisse der letzten Tage hätten deutlich gezeigt, daß das konservative England stets sehr geschickt verstanden habe, die französische Empfindlichkeit gegenüber den von Deutschland befürchteten Gefahren dazu auszubenten, einen neuen Keil zwischen Deutschland und Frankreich zu treiben. Es habe damit erreicht, was es wollte, nämlich die Erschwerung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Die auswärtige Politik Frankreichs aber, die nach dem Programm der Linken eine Politik der Aufrichtigkeit und der Verständigung sein sollte, sei durch dieses Manöver bedauerlicherweise aus ihrer bisherigen Richtung gedrängt worden. Auch die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs haben die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland zur Vorbereitung, und deshalb müsse die Politik der gegenwärtigen Mehrheit erneut auf die Konsolidierung eines wirklichen deutsch-französischen Friedens gerichtet sein.

## Deutscher Geenvorschlag in Paris.

Keine Kampfmaßnahmen.

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Vollziehung der beiden Delegationen hat die deutsche Delegation am Mittwoch ihren Geenvorschlag überreicht. Die französische Delegation hat hierauf erklärt, den deutschen Entwurf prüfen zu wollen, worauf die Verhandlungen auf Freitag vertagt worden sind. Die französische Delegation hat sich vorbehalten, daß der deutsche Vorschlag das am Montag überreichte französische Projekt nicht ausschliesse, d. h., daß beide Vorschläge gemeinsam als Basis für die Fortsetzung der Diskussion dienen sollen.

Ueber den deutschen Geenvorschlag erfahren wir, daß keine Tendenz vor allem dahin geht, die im Projekt vom 12. Oktober vereinbarte und von der französischen Delegation in ihrem letzten Projekt vorsehene Basis wiederherzustellen. Der deutsche Entwurf stellt einen kurzfristigen Handelsvertrag dar, dessen Geltungsdauer auf ein Jahr bedacht ist und der beiden Ländern volle Freiheit in der späteren Geltung ihres Zolltarifs läßt. Hinsichtlich der von Frankreich für Eisen- und Holzrungen verlangten Privilegien lehnt auch der neue deutsche Vorschlag jede Verankerung der in Vorlesung diskutierten Bindungen ab, erklärt sich aber bereit, den Bedürfnissen und Interessen der eisenschmelzenden Industrie von Volk zu Fall entgegenzukommen. Die von französischer Seite darüber hinaus mitgeteilt wird, ist es in der deutschen Stimmung zu einer Vereinbarung gekommen, wobei sich beide Teile verpflichteten, vorläufig von der Annahme irgendwelcher Kampfmaßnahmen abzusehen und alles zu vermeiden, was die Situation erschweren könnte.

## Der Landbund reagiert.

Wilmars, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Auffassung der Thüringischen Regierung über den Abbau von nichtpolitischen Beamten kam in der Mittwochigen des Landtages zum Ausdruck. Eine vor neun Monaten eingebrachte sozialdemokratische Interpellation wandte sich gegen das verfassungswidrige Vorgehen der Regierung bei der Verlegung einer weiblichen Referentin im Volksbildungsministerium in den Wartestand, die nach politischen und nicht nach sachlichen Gesichtspunkten erfolgte. Die Regierung versuchte sich herauszureden und brachte zum Ausdruck, daß die Auffassung der französischen Referentin in Berufsausschüssen grundsätzlich von der des Volksbildungsministeriums abweiche. Aus diesem Grunde sei die Verlegung in den Wartestand erfolgt. Es handelt sich zweifellos um eine politische Maßregelung, die, wie aus der Verhandlung hervorging, vom Landbund gefordert worden war.

Bei der Besprechung einer Interpellation der Kommunisten über polizeiliche Maßnahmen der Regierung bei einem Brand in Gotha kam es zu scharfen Auseinandersetzungen. Der Streit zwischen einem Kommunisten und einem Deutschen Nationalen artete schließlich in eine Schlägerei aus. Die Abgeordneten stürzten nach dem Vorraum, wo die beiden Abgeordneten mit Fäusten aufeinander losschlugen. Nach längeren Auseinandersetzungen war der Streit geschlichtet. Wegen dieses Vorfalls sah sich der Präsident veranlaßt, die Sitzung zu schließen. Der Landtag schloß seine Verhandlungen am Donnerstag fort.

## Der Danziger Briefkastenstreit.

Der Völkerverbundkommissar für Danzig, Mac Donell, hat dem polnischen Generalkommissar Straßburger dringend empfohlen, die unrechtmäßig im Danziger Stadtgebiet angebrachten polnischen Briefkästen schleunigst wieder abzunehmen zu lassen, widrigenfalls er dem Senat raten werde, dies selbst zu tun. Diese Handlung Mac Donells hat in Warschau bei den Nationalisten umso härteren Jörn hervorgerufen, als der polnische Imperialismus ja nicht zum erstenmal Großbritannien als Hindernis auf seinem Weg findet. Der stellvertretende Ministerpräsident Lhuguit hat gegenüber Pressevertretern die Bereitwilligkeit der polnischen Regierung ausgesprochen, diese Streitfrage vom Völkerverbund entscheiden zu lassen, man scheint aber keineswegs geneigt zu sein, der „dringenden Empfehlung“ Mac Donells zu folgen und droht mit Gewalt, wenn gegen polnisches Eigentum in Danzig — eben die paar Briefkästen — Gewalt angewendet würde.

Die Reichstagsdelegation ist nach unserem eigenen Drahtbericht aus Danzig folgende: Polen hat das Recht einer eigenen Postverwaltung im Hafen von Danzig. Es muß sich daraufhin ohne weiteres das Recht an, im ganzen Stadtgebiet von Danzig polnische Briefkästen aufzuhängen. Diese Briefkästen sind schon in der ersten Nacht demoliert worden. Polen richtete eine scharfe und drohende Protestnote an den Danziger Senat. In diesen Streit hat nun der Oberkommissar eingegriffen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Arbeitszeitstatistik des ADGB.

Der ADGB konnte Anfang Dezember die Hauptzahlen einer im November 1924 durch seine Ortsausschüsse durchgeführten Erhebung über die Dauer der Arbeitszeit veröffentlichen. Die „Gewerkschaftszeitung des ADGB“ brachte nunmehr in ihrer Nr. 1 (1925) das überaus interessante Gesamtergebnis dieser statistischen Feststellungen, an denen 419 Ortsausschüsse mitarbeiteten. Die besondere Bedeutung der vorliegenden Statistik beruht darin, daß sie auf der gleichen Grundlage wie eine im Mai 1924 durchgeführte Erhebung aufgebaut ist und dadurch wertvolle Aufschlüsse über die Arbeitszeitentwicklung im zweiten Halbjahr 1924 gibt, also gerade der Zeitspanne, die sich durch die wüsten direkten und indirekten Angriffe der Unternehmer gegen den Achttundentag auszeichnet.

Unter Raum gestattet leider nur einen knappen Auszug aus der veröffentlichten Statistik. Wir beschränken uns darauf, den Hundertstel der Betriebe und Beschäftigten, die wöchentlich mehr als 48 Stunden arbeiten, wiederzugeben, und zwar gesondert nach Landesteilen und den in Frage kommenden Berufen. Von je 100 der durch die Statistik erfaßten 51 166 Betriebe mit 2 362 820 Beschäftigten arbeiten mehr als 48 Stunden wöchentlich:

In den Landesstellen	mehr als 48 St.		davon arbeiten	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Baden, Württemberg, Pfalz	23,4	89,1	0,5	1,5
Bayern	25,6	45,8	5,2	8,0
Rheinland-Westfalen	36,2	70,8	15,4	40,7
Hessen, Hessen-Nassau	19,0	44,7	3,9	2,5
Thüringen, Reg.-Bez. Erfurt	49,8	42,1	1,6	7,9
Provinz Sachsen, Anhalt	27,7	51,0	2,6	11,5
Preuss. Sachsen	33,2	50,9	1,3	4,4
Brandenburg mit Berlin	15,2	26,7	1,0	0,5
Sachsen	33,1	42,1	0,8	5,6
Hannover, Braunschwig, Oldenb.	17,5	40,2	1,5	4,3
Hamburg, Schlesw.-Holst., Meckl.	6,1	45,4	0,5	2,0
Wommern	8,5	25,8	0,6	0,6
Direktions-Preußen	20,5	33,7	24,0	23,4
Saargebiet	0,6	0,8	—	—
Insgesamt	24,8	45,4	4,5	10,7

### In den Berufs- bzw. Industriezweigen:

Baugewerbe	6,8	10,5	1,4	3,4
Buchdruckgewerbe	19,6	26,5	0,5	0,8
Chemische Industrie	33,7	33,8	10,2	5,9
Holzgewerbe	8,7	15,6	0,9	2,0
Metallindustrie	39,0	53,1	10,8	16,6
Schuhindustrie	5,9	8,1	0,5	0,2
Textilindustrie	65,1	66,0	1,5	3,3
Insgesamt	24,8	45,4	4,5	10,7

Zu beachten ist, daß die tatsächliche Arbeitszeit, also einschließlich etwaiger Ueberstunden, den Feststellungen zugrunde liegt. Ein Vergleich mit der Erhebung vom Mai 1924 zeigt einen beachtlichen Rückgang der Zahl der Betriebe und Beschäftigten mit einer über 48 Stunden hinausgehenden Arbeitszeit. Während im Mai 33,5 Proz. aller erfaßten Betriebe, also ein volles Drittel, mehr als 48 Stunden arbeiteten, sind es jetzt nur 24,8 Proz., also ein Viertel. Die Prozentzahl der Beschäftigten ist höher. Es zeigt sich, daß insbesondere die Großbetriebe eine längere Arbeitszeit durchzusetzen suchten. Aber auch diese Zahl zeigt eine wesentliche Verbesserung. Im Mai arbeiteten 54,7 Proz. der erfaßten Beschäftigten mehr als 48 Stunden, jetzt sind es 45,4 Proz., also fast 10 Proz. weniger.

Festgestellt ist auch, wieviel Betriebe und Beschäftigte über 54 Stunden wöchentlich arbeiten. Auch hier zeigt sich, daß die Gewerkschaften den Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit nicht vergeblich führten. Während im Mai 13 Proz. der Beschäftigten über 54 Stunden arbeiteten, sind es jetzt nur noch 10,7 Proz. Die Zahl dieser Betriebe ist auf 4,5 Proz. gesunken.

Die Verbesserung erstreckt sich auf alle sieben Berufe, für die die Zählung durchgeführt wurde, wern auch nicht für alle im gleichen Maße. Besonders stark verbesserte sich die Arbeitszeit im Buchdruckgewerbe. Wurden im Mai noch 49,4 Proz. Beschäftigte mit mehr als 48 Stunden Arbeitszeit gezählt, so jetzt nur noch 26,5 Proz. Am ungünstigsten steht die Textilindustrie, aber auch diese zeigt eine wesentliche Verbesserung, da die Zahl der mehr als 48 Stunden Beschäftigten von 82,4 Proz. auf 66,0 Proz. gesunken ist. Die Zahl der mehr als 54 Stunden Arbeitenden ist auf 3,3 Proz. gesunken. In der Metallindustrie überschritten im Mai 63,5 Proz. der Beschäftigten die 48-Stunden-Woche, jetzt immer noch 53,1 Proz. Am günstigsten stehen Schuhindustrie und Baugewerbe mit 8,1 resp. 10,5 Proz. Günstig ist auch das Holzgewerbe mit 15,6 Proz.

Von den Bezirken zeigt nach wie vor Rheinland-Westfalen die längste Arbeitszeit. Die Schwerindustrie, von der der erste Sturm auf den Achttundentag ausging und die es verstand, den Arbeitern der Hüttenbetriebe an Stelle der dreigeteilten Schicht wieder den Zwölfstundentag aufzuzwingen, drückt diesem Bezirk den Stempel auf. Aber auch hier zeigt sich ein Fortschritt. Im Mai arbeiteten noch 81,2 Proz. der Beschäftigten mehr als 48 Stunden, davon 47,7 Proz. mehr als 54 Stunden. Diese Ziffern sind jetzt gesunken auf 70,3 resp. 40,7 Proz.

Die Statistik des ADGB. kommt gerade zur rechten Zeit für die parlamentarischen Debatten um das Arbeitszeitgesetz, denn sie bieten beweiskräftiges Material zugunsten der Forderungen der Gewerkschaften nach Wiederherstellung des Achttundentages. Die fortschreitende Entwicklung der deutschen Wirtschaft war möglich, obwohl nur ein Zehntel der Beschäftigten mehr als 54 Stunden arbeitet. Nur im vierten Teil der Betriebe wird mehr als 48 Stunden gearbeitet. Was für drei Viertel aller Betriebe wirtschaftlich tragbar ist, ist es auch für das letzte Viertel. Die Arbeiter lernen aus der Statistik, was die systematische Zusammenfassung aller Kräfte zu leisten vermag. Der Angriff auf den Achttundentag erfolgte in einem Augenblick, der den Unter-

nehmern außerordentliche Chancen bot. Die Arbeiterschaft, durch die Inflationszeit zermürbt, die Gewerkschaften durch die gleiche Ursache vorübergehend ihrer Stoßkraft beraubt und obendrein an ihrer vollen Auswirkung durch kommunistische Quertreibereien und Spaltungsbestrebungen gehindert. Trotz alledem haben die Gewerkschaften nicht nur den Ansturm zum Stehen gebracht, sondern sie haben auch einen großen Teil des Terrains zurückerobert. Bedürfte es eines Beweises der unerschütterlichen Kraft der deutschen Gewerkschaften, so bietet die Arbeitszeitstatistik des ADGB.

## Internationale sozialpolitische Konferenz.

In Frankfurt a. M. wurde am 12. Januar die erste Internationale sozialpolitische Konferenz auf deutschem Boden seit dem Kriege abgehalten. Zweck der Tagung war, die Fusion der drei internationalen Vereinigungen für Arbeitslosigkeit und für Arbeiterversicherung vorzubereiten. Vertreten waren folgende Länder: Deutschland, Oesterreich, Frankreich, England, Italien, Belgien, Schweiz, Holland, Finnland und die Tschechoslowakei. Deutschland war vertreten durch den Vorsitzenden der Gesellschaft für Soziale Reformen, Erziehung v. Rositz, den Vorsitzenden der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Geheimrat Dr. Viktor Freund und den Generalsekretär Prof. Dr. Fejzde. Die Verhandlungen unter französischem Vorsitz verliefen in höchster Harmonie und führten zur Annahme der Statuten. Die konstituierende Versammlung soll Ende September in Bern stattfinden.

## Wöchentliche oder monatliche Indexzahl?

Bekanntlich beschäftigt sich die Indexkommission beim Statistischen Reichsamte seit längerer Zeit mit der Frage, wie der Lebenshaltungsindeks zu reformieren ist, um ihn zu einem wirklich brauchbaren Maßstab der Teuerung und zu einer Grundlage für die Lohn- und Schiedsprüfung zu machen. Auch im Reichstag liegen Anträge vor, die eine derartige Reform des Lebenshaltungsindeks, über den die Arbeiterschaft mit Recht wiederholt Klage geführt hat, beschleunigt wissen wollen.

Vorbereitung für eine Ausgestaltung des Index ist es aber, daß zunächst die Veröffentlichung der Lebenshaltungsindekszahlen wie bisher, d. h. wöchentlich, aufrechterhalten bleibt. Man muß die Möglichkeit haben, den Index in seiner abgeänderten Form fortgesetzt zu verfolgen und dabei festzustellen, ob er wirklich den tatsächlichen Stand der Teuerung spiegelt. Würde man jetzt aufhören, den Index wöchentlich zu veröffentlichen, so würde eine derartige Kontrolle Monate erfordern und in der Zwischenzeit bliebe die Unsicherheit bestehen, die die bisherigen Indexveröffentlichungen in weite Kreise der Wirtschaft, und nicht zuletzt der Arbeiterschaft, hineingetragen haben. Um so befremdlicher ist es, folgende Mitteilung zu lesen, die der Hansabund verbreitet:

„Der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie setzte sich leghin mit dem Reichswirtschaftsminister in Verbindung, um eine Einschränkung der Veröffentlichung der Lebenshaltungsindeksziffern durch das Statistische Reichsamte herbeizuführen. Der Hansabund machte insbesondere darauf aufmerksam, daß der Zeitpunkt, zu welchem der Uebergang von den Monatsziffern zu den wöchentlichen Indeziffern erfolge, durch den Beginn eines besonders lebhaften und beschleunigten Währungsverlaufes gekennzeichnet war. Noch gegenwärtig wird für jede Woche die Lebenshaltungsindeksziffer vom Statistischen Reichsamte bekanntgegeben. Der Hansabund erachtet, wie er dem Reichswirtschaftsminister gegenüber zum Ausdruck gebracht hat, dieses Verfahren im Interesse einer geordneten Wirtschaftsführung für die Folgezeit nicht für gerechtfertigt. Konjunkturschwankungen und mancherlei andere äußere Umstände lassen ein gelegentliches Auf und Ab der Indeziffern nicht vermeiden. Diese im allgemeinen geringfügigen Schwankungen werden von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. (1) Die breiten Massen der Bevölkerung erfahren hierüber Näheres im allgemeinen erst durch die Veröffentlichungen der Reichsrichtziffern (2) und ziehen daraus ihre für die Wirtschaft durchaus nicht immer vorteilhaften Konsequenzen. Diese Beobachtung veranlaßte den Hansabund, den Reichswirtschaftsminister darauf aufmerksam zu machen, daß eine Fortführung der wöchentlichen Veröffentlichung der Reichsrichtziffern weder sachlich gerechtfertigt noch auch im Interesse der Wirtschaft zweckmäßig ist.“

Der Reichswirtschaftsminister hat dem Hansabund erwidert, daß er auch seit längerem erwäge, die Reichsrichtziffer für Lebenshaltung monatlich, statt bisher wöchentlich, zu veröffentlichen. Der Zeitpunkt des Uebergangs soll bestimmt werden, wenn die Verhandlungen des Statistischen Reichsamtes mit der Indexkommission über die Ergänzung und Ausgestaltung des Index abgeschlossen sind.

Es ist durchaus denkbar, daß man vielleicht später bei einer wirklichen Stabilisierung der Wirtschaft auf die wöchentliche Veröffentlichung des Index verzichten kann. Vorläufig aber, solange die Reformarbeiten im Gange sind, solange also ein wirklich stichhaltiger Index nicht gefunden ist, hieße es, diesen wichtigen Teil der amtlichen Wirtschaftsberichterstattung geradezu zu diskreditieren und auf die Dauer von jeder Verbesserung auszuscheiden, wenn man schon jetzt an seine Einschränkung denkt. Wir haben es lange genug erlebt, daß die Unternehmer sich auf die unvollkommenen Teuerungsziffern des Reiches berufen, wenn sie ihren eigenen Forderungen in den Kram packen. Jetzt ist es an der Zeit, zunächst einmal richtige Maßzahlen der Teuerung zu schaffen und sie der Kontrolle der breiten Öffentlichkeit in genügend kurzen Zeitschnitten zu unterwerfen, damit rasch etwas Brauchbares herauskommt. Es ist ja geradezu lächerlich, wenn der Hansabund behauptet, daß die Arbeiterschaft erst am Index ablesen müßte, wann Lohnveränderungen notwendig sind. Die Teuerung wird in den Arbeiterhaushaltungen viel früher wahrgenommen, als die amtlichen Erhebungen sie überhaupt feststellen können. Immer aber sind es die Unternehmer, die die Notwendigkeit, die Löhne mit der Teuerung in Uebereinstimmung zu bringen, bestreiten. Deshalb hat die Arbeiterschaft das größte Interesse daran, daß ein amtlicher Index herauskommt und daß die Reform der bestehenden Teuerungsziffern nicht verschleppt wird.

## „Revolutionäre.“

Am 1. Januar haben wir uns mit dem Unternehmer Rehl und einem Mitgliede Görrig vom Verband der Ausgeschlossenen in den Spalten des „Vorwärts“ beschäftigt. Wir fragten damals an, welche Maßnahmen der Verband der Ausgeschlossenen gegen Görrig wegen seines unsolidarischen Verhaltens ergriffen hat. Als aufmerksame Leser der „Roten Fahne“ haben wir bis heute noch nichts entdecken können, was auch verständlich ist. Am Sonntag, den 5. Januar, hielten unsere „radikalen“ Staker im Verband der Ausgeschlossenen eine Versammlung ab. In dieser Versammlung war auch der gesperrte Unternehmer Rehl anwesend. Auf dem Bureau des Baugewerksbundes war es ihm nicht gelungen, eine Zurücknahme der Sperre zu erreichen. Er glaubte nun, bei den Ausgeschlossenen mehr Verständnis und Entgegenkommen für seine Arbeitsmethode zu finden. Er erklärte nämlich dort, daß er lieber mit Organisierten als mit Unorganisierten zusammen arbeite, stellte auch weiterhin in Aussicht, alle diejenigen Staker zu entlassen, die nicht Mitglied im Verband der Ausgeschlossenen werden. Die Ausgeschlossenen stellten in dieser Versammlung fest, daß für sie keine Sperre besteht, weil dort keine Sperrposten vom Baugewerksbund aufgestellt sind. An sich eine faule Ausrede und gerade kein Beweis dafür, daß der Verband der Ausgeschlossenen den Klassenkampf, von dem man in jenem Lager soviel redet, auch durchführt. Der Verband der Ausgeschlossenen hat sich durch Aufnahme dieser Streikbrechergarde und Duldung der Weiterarbeit seiner nunmehrigen Mitglieder unter tarifwidrigen Verhältnissen im wahren Lichte gezeigt. Daß dort weiter Arbeit gearbeitet wird, wird selbst von Kollegen, die in diesem Vorbande organisiert sind, nicht angezweifelt. Gegen Görrig soll ein Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet sein. Sollte das auf unseren Hinweis geschehen sein, so glauben wir, dem Verband der Ausgeschlossenen raten zu können, sich diese Mühe nicht zu machen, da ja doch die tarifwidrigen Zustände unter seiner Duldung bei genannter Firma weiterbestehen. Dieser Vorgang beweist, wie recht die Zentrale der AFD. hatte, als sie Rehl ausschloß, u. a. auch wegen Aufnahme von Streikbrechern in seine Organisation. Darum, Arbeiter, seht euch eure Führer an!

## Achtung, V.D.B.-Buchbinder!

Die von den Buchbindereibesitzern beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedsprüchens vom 23. Dezember 1924 über Arbeitszeit ist nach der gestern zugegangenen Mitteilung vom Reichsarbeitsminister abgelehnt worden. Es gilt demnach, wie bereits unlängst mitgeteilt, entsprechend der Ziffer 3 des Tarifvertrages, die 48stündige Arbeitszeit. Notwendige Ueberstunden sind entsprechend der Ziffer 50 des Tarifvertrages zwischen Betriebsvertretung und Betriebsleitung besonders zu vereinbaren. Die Ueberstunden dürfen aber gemäß Ziffer 51 nur dann geleistet werden, wenn mindestens ein Zuschlag von 25 Proz. gezahlt wird. Ueberstunden ohne Ueberstundenzuschlag dürfen nicht geleistet werden. Durch die Abweisung der Verbindlichkeitsklärung hat somit die 48-Stunden-Woche wieder volle Anerkennung gefunden.

## Gescheiterte Lohnverhandlungen der Bauanschläger.

Für die Berliner Bauanschläger wurden Lohnverhandlungen mit dem Schuppenverband geführt. Ueber den Verlauf dieser Verhandlungen berichtete in der gestrigen Branchenversammlung zunächst Fuchs. Es wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne um 20 und der Ueberlöhne um 25 Proz. gefordert. Die Arbeitgeber begründeten ihre ablehnende Haltung mit der ungünstigen Konjunktur, wozu die Verbringung von Anschlägerarbeiten außerhalb Berlins viel beitrage. Fuchs übte scharfe Kritik an den Ueberlöhnen, die nur 18—25 R. betragen und somit weit unter den üblichen Löhnen stehen. Ueber kurz oder lang werde man die Ueberarbeit gänzlich abkühlen müssen. Den Arbeitgebern komme es auch darauf an, die Fahrzeugschädigung abzuschaffen. Die Verhandlungen seien gescheitert, weil es die Arbeitgeber ablehnten, neue Vorschläge zu machen. Die Mehrzahl der Diskussionsredner sprach sich für sofortigen Streik aus. Nach längerer Debatte wurde der Vorstoß der Branchenleitung, den Schlichtungsausschuß als letzte Instanz anzurufen, mit großer Mehrheit angenommen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde der monatliche Beitrag für den Branchensfonds auf 20 Pf. festgelegt.

## Tariffündigung durch die Esha-Werke.

Ran schreibt uns: Die Esha-Werke kündigten den Rohmentarif dem Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen, hingegen nicht dem Deutschen Metzlerbund und dem Zentralverband der Metzlerinnen und Metzler. — Die Wege der Feldherrnkunst sind verschieden, nicht minder die Taktik großer Feldherren. „Wie wieder Krieg!“ war nach dem letzten Streit die Parole der Esha-Vorstände, und oft genug erklärte man das dem Betriebsratsvorsitzenden. Neun Monate war Ruhe und der Betrieb war nicht erschüttert — eine lange Zeit für das Esha-Werk. Viel leicht auch war der Verwaltung der Esha-Werke diese Ruhe zu ungemächlich. Abwechslung muß der Mensch haben, warum nicht auch die Führer des Esha-Konzerns. Oder aber sollte man für die Mitglieder des Zentralverbandes der Fleischer was Besonderes übrig haben und ihnen einen günstigeren Rohmentarif vorlegen wollen? Das wäre äußerst nett! Es wäre damit auch bewiesen, daß die Herren Doktoren noch Besseres herzustellen verständen als Briher Knudtschen.

ADGB-Gesamtarbeiter, Bezirk Oden II. Besprechung heute, Donnerstag, 4½ Uhr, nicht um 7 Uhr, bei Wittich, Unterdenker Str. 3. „Vorwärts“-Leseclub auch eingeladen. Der Betriebsrat.

Besser für Berlin und Umgegend. Günstigende Bewältigung um etwas milder, aufstrebende länderliche Winde.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Weißhof 1. A. 3. Stricker; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neuliebig: A. S. Böcher; Lokales und Sonstiges: Erik Korhdt; Anzeigen: Ed. Glöck; Amtlich in Berlin: Verlag: „Vorwärts“-Berlin G. m. b. H. Berlin, Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt „West-Singer u. Co. Berlin G. m. b. H. Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen aus „Unterhaltung und Wissen“.

Sophien-Säle Sophienstraße 17-18. Norden 9296. Säle frei!

Erbs, Eier-Nudeln, Königin, Blumenkohl, Grünkern, Tomaten, Tapiola echt

# 26 verschiedene Suppen

von vollendetem Wohlgeschmack bereiten Sie mühelos, ohne langes Zurichten, nur durch Kochen mit Wasser,

aus Maggi's Suppen-Würfeln zu 12 Pf. für 2 Teller.

Kenntzeichen: Der Name „Maggi“ und die gelb-rote Packung.

Eier-Sternchen, Dill, Rumpfond, Reis, Erbs mit Reis, Windsor und andere



Die Poeten haben die Risse des Winters solange besungen, bis der — vielleicht nicht ganz unerwünschte — Umschlag ins Rauhere eingetreten ist, allerdings mit der für unsere besondere Berliner Lage charakteristischen Beigabe von Schlackenwetter. Oft genug ist in dieser Zeit die Frage aufgeworfen worden: schadet das „ideale“ Wetter nicht der Natur? Nun, man wird sich erinnern, daß es auch früher schon Winter gegeben hat, wo die Frostentwässerung nie so stark war, daß z. B. eine feste Eisdicke auf den Fühläufen sich bilden konnte (sehr zum Verdruss der Schlittschuhläufer), daß die Brauereien zumeist auf Bezug von Eis aus skandinavischen Ländern angewiesen waren, und trotzdem hat die Natur sich damals mit solchen ungewöhnlichen Temperaturverhältnissen ganz gut abgefunden. So wird es auch wieder sein; das eigentlich Charakteristische war jedesmal freilich die hohe Tagestemperatur, aber das galt auch nur für verhältnismäßig wenige Tage; außerdem wird man sich erinnern, daß in der weitaus größten Zahl von Tagen die Temperatur nachts unter den Nullpunkt sank. Also das bisherige Frühjahrschaud hat noch keinen Schaden angerichtet. Im neuen Jahr regt sich schon immer der Saft in den Zweigen von Büschen und Bäumen; wird es dann noch sehr kalt, so gerät dieser Safttrieb ins Stocken, um sich später wieder zu betätigen.

**Der Nutzen der Spatenarbeit.**

Wenn die Sonne nicht nur intensiv, sondern vor allem länger am Tage geschienen hätte, wäre es allerdings ein ideales Wetter für Draußenarbeit gewesen. Aber die Festtage will man doch auch nicht gerade schenken gehen, und so werden die Nachzügler, die im Herbst nicht zum Graben gekommen sind, auch jetzt noch vor dem ungrabenem Stück Land stehen. Und doch ist zeitiges und genügend tiefes, sauberes, d. h. sorgfältiges Graben eine Vorbedingung für die Erzielung guter Ernten, auf die der Kleingärtner besonders angewiesen ist. Wer über ein größeres Stück Land verfügt, hält eventuell das Pflügen für rationeller: z. B. wenn Nachbargrundstücke gleich mitgepflügt werden können, so daß eine Tagesarbeit für den Pflüger sich ergibt. Aber er irrt sich, sobald er das Endresultat der Bestellung ins Auge faßt. Der Anbau von Pflanzen, die größere Ansprüche an gut durchgearbeiteten Boden machen, ist bei Spatenkultur lohnender als nach der Pflugkultur. Man spricht ja auch von der „goldenen“ Schneide des Spatens, um damit die intensive Bodenbearbeitung und -Ausnutzung auszudrücken. Der Spaten erzeugt eine Bearbeitung

bis zu 30 Zentimeter, die Grabegabel, die in Amerika, aber auch in England beliebt ist, läßt eine Einwirkung in eine um etliche Zentimeter größere Tiefe zu. Als Breite des jedesmalig umzuflüchtenden Erdstreifens nehme man 8 bis 10 Zentimeter; allzu große Breite hindert die so notwendige Zerklüftung des umgeworfenen Bodens. Der Vergleich mit der Pflugkultur ergibt sich hinsichtlich der Zeit der Arbeit folgendermaßen: Bei einer Tagesleistung von 200 Quadratmeter (leichter Boden) und 100 Quadratmeter (schwerer Boden) erfordert das Umgraben eines Morgens 12 1/2 bis 25 Tage; das Gespann braucht zum doppelten Pflügen und Eggen etwa 1 1/2 Tage, gewiß eine verlockende Differenz, die aber, falls nicht besondere Gründe vorliegen, für den Kleingärtler doch nicht wertvoll genug ist, um von der intensivsten Bearbeitung Abstand zu nehmen.

**Die Düngerfrage.**

Die Vorstellung von dem pflügenden Gespann führt uns zu der für die Landbestellung so wichtigen Düngerfrage. Die Pferde nehmen ab, das Auo räumt mit ihnen auf; die Preise für Pferde, aber auch für Kuhdung sind gewaltig gestiegen und werden noch steigen, wenn die Berufsgärtner für das warme-Kasten-Packen im Februar besten Pferdebedarf benötigen. Der Kleingärtler, am wenigsten der Laubentzöner, ist nicht in der Lage, durch eigene Tierhaltung Düngung zu produzieren. Das „Ade-Pferd“-Problem ist bedeutungsvoller, als man im ersten Augenblick anzunehmen geneigt ist. Die großen Landwirte schaffen sich für Pflügen und Fahren Motoren an; bei ihnen hilft wohl noch der reich besetzte Kuhstall aus, der ja dem Bauern diese Düngfrage noch nicht so kraß zu Gemüte führt. Der Kur-Theoretiker wird auf den Kunstdünger hinweisen und kein verständiger Landwirt wird ihn ausschließen, aber der Kunstdünger kann eins nicht: die physikalischen Eigenschaften des Bodens verbessern, d. h. ihn hinsichtlich der Lockerung, Durchlüftung und damit rascherer Erwärmung so zu beeinflussen, wie es das Untergraben von Stallmist ergibt. Künstliche Düngemittel führen dem Boden einzelne Nährstoffe zu, zur Bodenbearbeitung tragen sie nicht bei; Kalkung des Bodens und Ausbringen von selbstbereiteter Kompost-erde sind einigermassen gute Ersatzmittel, und die Anlage und Bearbeitung des Komposthaufens ist dringend zu empfehlen.

**Sämereien und Pflänzlinge.**

Zurzeit schwirren die Kataloge der großen Samenzüchter wieder durch die deutschen Lande und es kann glücklicherweise konstatiert werden, daß, wie man zu sagen pflegt, „Alles da ist“. Freilich hat

der wenig freundliche Sommer des letzten Jahres einige Beeinträchtigungen zur Folge gehabt: Die Salatkulturen und die Bohnen, namentlich Buschbohnen, haben gelitten, was sich in den ziemlich hohen Preisen geltend macht. Außerdem wird die Ernte in Gurken, Radies, Salatbeeten und Zwiebeln als knapp bezeichnet. Der Bezug von Samen ist bekanntlich Vertrauenssache; jedenfalls ist Wert darauf zu legen, wirklich Samen der Sorten zu erhalten, die man bestellt hat. „Ersatz“ wird sehr oft für „bereits ausverkauft“ Sorten gegeben, und, wenn auch nicht immer, ist der Ersatz meist minder zweckentsprechend, da ja jeder Gärtler für seine besonderen Zwecke und dem Charakter des für ihn zur Verfügung stehenden Landes entsprechend die Sorten wählt. Es ergibt sich hieraus die Zweckmäßigkeit, den Samen so früh als möglich zu bestellen. Tut man es schriftlich, so ist es gut, die Klausel beizufügen: „Ersatz“ nicht erwünscht. Was die Preise betrifft, so ist im großen ganzen wohl eine kleine Senkung der vorjährigen Preise zu verzeichnen; sie sind aber natürlich höher als die Friedensnotierungen. Recht teuer ist der Bohnenpreis, von 5 bis 20 M. das Kilo der Buschbohnen und zudem tragen die Angaben den Vermerk: Preise veränderlich. — Wer nicht nur Sämereien, sondern auch junge Pflanzen später gebraucht, tut ebenfalls gut, sich rechtzeitig mit einem vertrauenswürdigen Berufsgärtner in Verbindung zu setzen, damit dieser instande ist, seine Anzucht der jungen Gemüsepflanzen nach Maßgabe der vorliegenden Bestellungen einzurichten. Wer selber aussetzt, soll sich die Mehrarbeit der Reihenfaat nicht verdrängen lassen — er erhält stärkeres Pflanzenmaterial als bei der Breitfaat und ist vor allem in der Lage, durch rechtzeitiges Hacken das Saatbett stets sauber zu halten.

Die Möglichkeit, in einem milden Winter, wie dem bisherigen — jeder Tag kann natürlich einen Umschwung bringen — den Boden auf die höchste Kulturstufe zu bringen, sollte ausgenutzt werden. Von Sämereien kann Mohrrübensamen in nicht zu ferner Zeit, wenn der Boden offen bleibt, ausgefüt werden; der Samen braucht viel Zeit zum Keimen und ist dem Erfrieren nicht ausgefüt. Später folgen dann Erbsen, Puffbohnen, Haserwurzeln, Schwarzwurzeln (für einjährige Anzucht). Düngen, Jochen, Umgraben der Erde rings um die Obstbäume und Düngen des gelockerten Bodens, Säuberung der Obstbäume, Auslichten sind weitere Beschäftigungsmöglichkeiten bei mildem Wetter. Nur zu rasch vergeht die Zeit, und mit einemmal ist der Augenblick da, wo es mit vollen Kräften sich dem Boden widmen heißt. Dann mit allem Erforderlichen ausgerüstet zu sein, ist eine Vorbedingung für den Erfolg. Die Gärtnerei ist keine schwere Kunst, wenn man alles „zur rechten Zeit“ tut. Darauf kommt es eben an.

**Zunahme der Bevölkerung Berlins.**

Das Berliner Statistische Amt hat über die Bevölkerungszunahme in Berlin seit dem Jahre 1921, 1922, 1923 umfassende Zusammenstellungen veröffentlicht. Aus ihr ergibt sich, daß die Bevölkerung der großen Einheitsgemeinde Berlin im Laufe dieser drei Jahre eine Zunahme gehabt hat. Die durchschnittliche Bevölkerung war (in runden Zahlen) für 1921: 3 921 000, für 1922: 3 980 400, für 1923: 4 013 300. Hiernach betrug die Zunahme von 1921 bis 1923 rund 92 300. An diesem Mehr sind alle 20 Verwaltungsbezirke Berlins beteiligt, aber in sehr ungleicher Weise. Die an sich stärkste Zunahme hatte der Bezirk Charlottenburg, der allein mit 13 400 beteiligt war. Durch die an sich geringste Zunahme fällt der Bezirk Weihensee auf, der nur ein Mehr von 1700 zu verzeichnen hatte. Selbstverständlich muß aber bei diesen Zunahmen ihr Verhältnis zu der sehr verschiedenen Höhe der Einwohnerzahlen der Bezirke berücksichtigt werden. Für den Bezirk Charlottenburg, der 1921 durchschnittlich 342 400 Einwohner und 1923 durchschnittlich 355 700 Einwohner hatte, war die Zunahme um 13 400 rund 4 Proz. Bezirk Weihensee dagegen hatte 1921 durchschnittlich nur 34 000 Einwohner und 1923 durchschnittlich 57 100 Einwohner, hier ist also die Zunahme um nur 1700 ziemlich 5 Proz. Bezirk Zehlendorf, der an Zahl der Einwohner noch hinter Bezirk Weihensee zurücksteht, hatte 1921 durchschnittlich 35 800 Einwohner und 1923 durchschnittlich 40 500 Einwohner. Die Zunahme aus 4700 bedeutet hier fast 15 Proz. Unter allen 20 Verwaltungsbezirken hat Bezirk Zehlendorf immer noch die überhaupt geringste Einwohnerzahl, aber er hatte von 1921 zu 1923 die verhältnismäßig

**Der Mittelweg.**

Von Sir Phillip Gibbs.

Der Schnee lag in schweren Massen auf ihnen und wirbelte dicht um sie herum. Er konnte kaum ihr Gesicht erkennen. Sie standen allein in einer weißen Welt inmitten des Ruins von Moskau. „Sie sind so gut,“ sagte er. „Ich bin glücklich über Ihre Kameradschaft.“ „Ja, das ist es,“ antwortete sie. „Kameradschaft, Liebe, Dienst in Gemeinschaft, Verständnis, das alles wäre wohl gut zu besitzen.“ „Es ist das Beste, was das Leben hat. Das Einzige, für das zu leben sich lohnt,“ sagte Bertram. „Sie glauben das auch? Gut, dann ist es ein gegenseitiges Versprechen zwischen uns?“ „Eine Hoffnung!“ antwortete er. Sie mußte nun heim und reichte ihm die Hand. Als er sie an die Lippen führte, war sie nah von Schnee. Sie wandte sich zur anderen Seite der Straße und war bald in den wirbelnden Schneeflocken verschwunden. „Höchst wunderbar!“ sagte Bertram laut vor sich hin, als er seinen Weg über den Arbeitsplatz in die Richtung zum Kremel hinterließ. Er war allein in Moskau, fühlte sich aber nicht mehr einsam. „Es ist alles dasselbe,“ hatte sie gesagt, „Kameradschaft, Liebe, Dienst in Gemeinschaft, Verständnis.“ Kameradschaft. Gut! Sogar ohne Liebe wäre es so schön. Er hatte die Kameradschaft einer Frau so nötig, ebenso wie die von Christy. Warum aber von einer Frau? Warum war ihm Jante Welfords Freundschaft so viel kostbarer gewesen als die eines Mannes? Vielleicht hatten Frauen das feinere Verständnis, mehr Jartgefühl für die männliche Schwachheit. Oder war es nur die Lockung des Geschlechts. Wer konnte das wissen. Weshalb sollte er nicht, ohne jeden Versuch zu analysieren, Radias Angebot einfach annehmen? Es war das zweitemal, daß ihm Frauenliebe entgegengetommen war, seit Joyce ihn verlassen hatte. Sollte er denn ewig das Glück menschlicher Zuneigung und Frauenzärtlichkeit zurückweisen und gegen sein geistiges und physisches Bedürfnis nach solcher Kameradschaft ankämpfen? Eine Stimme flüsterte ihm ins Ohr: „Treue gegen Joyce! Treue! Treue!“ „Nein,“ sagte er laut. „Ich bin lange genug treu gewesen, bei Gott! Und jetzt habe ich die Absolution.“

Bertram lud Radia eines Abends zum Essen ein, und zwar in das kleine Restaurant am Arbat, und sie nahm es mit der Bewilligung ihrer Eltern an, die nichts dabei fanden, nur wegen der Geheimpolitik Bedenken trugen. Aber Radia lachte. Sie stände jetzt unter dem Schutz der „Ara“, da könne die Tscheta ihr nichts anhaben. Und das war auch so, denn Bertram hatte den Chefarzt der Ara in die armselige Behausung des Fürsten Suwaroff geführt, dessen Palast in Petersburg jetzt von der Ara als Suppenküche eingerichtet war. Dr. Weekes, das war sein Name, war von dem Rute der jungen Prinzessin begeistert gewesen. „Das ist ein Mädchen von der rechten Art,“ war sein Urteil, und ein Wort von ihm hatte genügt, ihr eine Anstellung als Dolmetscherin und Sekretärin beim Stabe der „Ara“ zu sichern. „Für solch ein Mädchen gib's in Kasan genug zu tun. Und außerdem habe ich dort noch eine besondere Tätigkeit für sie, bei welcher ihre ärztliche Ausbildung in Frage kommt. Aber das werden wir schon in Kasan besorgen.“ Radia sollte also, ebenso wie zwei andere russische Damen, die auch für den Dienst in Kasan ausgewählt waren, mit der Ara die Reise nach Kasan antreten, und sie war sehr glücklich bei dem Gedanken trotz der tragischen Ursache für diese Expedition. Sie hatte ebenso wenig Ruhe, bevor sie die Hungergebiete erreicht hatte, wie Dr. Weekes. „Ich will Rußland helfen,“ sagte sie zu Bertram, der sie gern davor behütet hätte, in die schlimmste Tophusgegend zu gehen, „und das kann ich am besten, wenn ich meine ärztliche Ausbildung dort anwende, wo das Volk am meisten leidet. Die armen Bauern sind hoffnungslos unwissend, und ich kann ihnen wenigstens zeigen, wie sie sich waschen und ihre Kühe töten müssen, die die schlimmste Ansteckungsgefahr sind.“ In dem Restaurant am Arbatplatz wurde Bertram von der Familie des Hofmalers freudig begrüßt. Ihr staunendes Entzücken fand keine Grenzen, als sie Radia in seiner Gesellschaft sahen. Aus ihrem früheren Leben am Hofe kannten sie die schöne Prinzessin Radia, die älter war als die kleine Katia, sehr gut. „Also Sie waren gewiß schon von England her mit dem Herrn bekannt,“ rief die Dame, „und sind alte Freunde.“ „Alle Freunde noch nicht,“ lächelte Radia, „aber schon gute Kameraden.“ „D bitte, gebrauchen Sie das Wort nicht. Es ist ja in den Schmutz gezogen worden! Tawarisch, Tawarisch, Tawarisch! Ich kann es schon nicht mehr hören.“ Dann deckte sie ihnen ein reines Tischchen in der Ecke,

und die kleine Katia bediente sie voll Seligkeit, beim Ab- und Zugehen Radias Hand oder Haar oder Hals küssend. Und Radia war freudig gestimmt, denn ein weißes Tisch Tuch lag vor ihr, der Apfelwein wurde in Kristallgläser gegossen, und sie aßen von Tellern ohne Bruch und Sprung. „Das ist heute wie ein Märchen,“ sagte sie. „Seit vier Jahren kenne ich kein weißes Tisch Tuch mehr.“ Aber als Bertram ihr seine Bewunderung ausdrückte, daß sie, in jedem erdenklichen Luxus ausgewachsen, ihr jetziges Leben so mutig ertrug, wies sie dieses Lob zurück. Was entbehrte sie denn mehr, als Millionen Soldaten im Kriege entbehrt hatten? Man müsse das Leben erleben, wie es auch komme, und nicht feige ausweichen. Sie hatte die Hoffnung auf eine Befreiung Rußlands und des ganzen Menschengeschlechts nicht aufgegeben, und glaubte an den endlichen Fortschritt. „Sie scheinen Ihres Glaubens so sicher,“ sagte Bertram. „Mir fehlt der Glaube!“ „Ich bin Russin,“ erwiderte sie lachend. „Wir reden und reden, und reden über abstrakte Ideen. Aber wir tun nichts Rechtes. Riischewol!“ „Ich möchte Russisch lernen,“ sagte Bertram. „Ach ja! Radia klatschte in die Hände. „Und Radia wird Ihre Lehrerin sein.“ Lange saßen sie noch an dem kleinen Tischchen und sprachen wie gute Freunde. England schien eine Million Meilen entfernt. Joyce war auf einem anderen Planeten, und Radias dunkle Augen leuchteten ihn voll Güte an. 54. Christy kam an die Bahn, um Bertram Lebwohl zu sagen. Die Fahrt nach Kasan war auf sechs Tage berechnet und der Zug glich demjenigen, der Bertram von Riga nach Moskau mitgenommen hatte, in den beiden Hauptpunkten, nämlich Rangel an jeglicher Bequemlichkeit und Ueberfülle von Ungeziefer, wie ein Zwillingssbruder dem anderen. Außer Radia waren noch zwei russische Damen dabei, die als Sekretärinnen mitgingen, dann der übliche Stab der Ara, Jemmy Hart und Bertram als Zeitungskorrespondenten und zwei Offiziere der Tscheta, angeblich zum Schutze, tatsächlich als politische Spione. Christy war Bertrams wegen besorgt: „Und seien Sie nicht zu unvorsichtig, Major!“ sagte er beim Abschied. Er erwähnte dann fußläufig, daß er Rußland jetzt an Bertram abtreten wolle. Er selbst würde sich westwärts wenden. Und dann kam so nebenbei: „Janet ist nach Berlin gekommen. Vielleicht lade ich sie dort auf.“ (Fortsetzung folgt.)

größte Zunahme. Die überhaupt größte Einwohnerzahl hat immer noch der Bezirk Kreuzberg; sie stellte sich 1921 auf 375 000 und 1923 auf 378 900. Dagegen war in Bezirk Kreuzberg die Zunahme der Einwohnerzahl verhältnismäßig sehr gering. Sie betrug hier 3300, das bedeutet bei der hohen Einwohnerzahl noch nicht 1 Proz. Für ganz Berlin ist die gesamte Zunahme (92 300) annähernd 2 1/2 Proz.

## Eisenbahnzüge im Nebel.

### Signale und Sicherungen.

Das folgenschwere Eisenbahnunglück in Herne hat sich in dichtem Nebel ereignet. Nebel birgt mannigfache Gefahrenquellen für den Eisenbahnverkehr in sich. Er versperrt nicht nur die Aussicht, sondern er dämpft auch den Schall und läßt Geräusche nicht laut werden. Wir haben Veranlassung genommen, an zuständiger Stelle anzufragen, ob und wie die Eisenbahnverwaltung die rollenden Züge und die Reisenden vor den Gefahren des Nebels zu bewahren imstande ist.

Oberbaudirektor Behrens, der für diese Fragen zuständige Dezernent der Eisenbahndirektion Berlin, erklärte zu diesen Fragen folgendes: „Die Hauptsicherheit des Verkehrs beruht im wesentlichen darauf, daß Signale für die ein- und ausfahrenden Züge richtig gestellt und vom Lokomotivführer genau beobachtet werden. Wenn der Führer des Köln-Berliner D-Zuges erklärte, daß er das Signal vor der Einfahrt in den Bahnhof Herne nicht gesehen habe, so hat er grob keine Pflicht verletzt. Er hätte in diesem Falle halten, oder sich durch großes Pfeifen bemerkbar machen müssen. Was zunächst die Beleuchtung der Signale anbetrifft, so haben wir es in der preussischen Eisenbahnverwaltung als das Beste und zuverlässigste gefunden, wenn die Signale bei Dunkelheit durch Petroleumlaternen erhellt werden. Diese Laternen werden überaus fleißig behandelt; sie sind so konstruiert, daß der Wind sie nicht zum Erlischen bringen kann, und sie sind außerdem mit einem Strahlenschutz ausgestattet, der ihr Licht verstärkt. Elektrisches Licht für die Signale ist aus dem Grunde abzulehnen, weil es nicht selten vorkommt, daß der Strom versagt. Dann liegen die Signale im Dunkeln. In England übrigens, dem klassischen Land des Nebels mit seinem außerordentlich regen Eisenbahnverkehr, hat man auch keine andere Sicherung und Beleuchtung der Signale bei Nebel gefunden. Wenn man bei dichtem Nebel vor den Signalen Sirenen rufen läßt, so fragt es sich, ob diese, da der Nebel schalldämpfend wirkt, bei dem Rattern der Räder und der Entleerung von dem Lokomotivführer gehört wird. Auch das Begeben von Knallpatronen auf die Schienen bietet keine unbedingt zuverlässige Gewähr. Jeder Bahnwärter ist mit Knallpatronen ausgerüstet, die er auf die Schienen zu legen hat, wenn ein Zug auf der Strecke liegengeblieben ist, um dem Führer eines anderen Zuges zu warnen. Aber Knallpatronen können verpaten und ihr Knall kann im Nebel ungenügend verhallen. Die Eisenbahnverwaltung hat im übrigen der Frage der Signale und Sicherungen stets das größte Interesse zugewendet und immer wieder versucht, Neuerungen und Verbesserungen zur Sicherung des Verkehrs einzuführen. Ich erinnere daran, daß im Jahre 1912 die sogenannten Vortragsignale eingeführt wurden. Bis 1919 sind überall Vortragsignale gesetzt worden. Sie befinden sich in Bremsentfernung, also etwa 700 Meter von dem Hauptsignal entfernt. Die Vortragsignale sollen den Lokomotivführer auf das Hauptsignal hinweisen. Heute ist die Entwicklung so, daß der Lokomotivführer in der Hauptsache auf die Vortragsignale achtet und diese wie die Hauptsignale ansieht. Im Laufe der letzten Jahre sind nun auch Verbesserungen an den Vortragsignalen vorgenommen worden. Die freispende Scheibe des Vortragsignals, die in vertikaler Stellung, also aufsteckend, in der sogenannten Warnstellung steht und so dem Lokomotivführer sagt: „Die Einfahrt ist gesperrt“, hatte früher eine grüne Farbe. Da aber grün ebenfalls für Einfahrt bedeutet und infolge dessen verhängnisvolle Verwechslungen zu beschwerlichen Unfällen waren, hat man die Scheibe der Vortragsignale orangefarben gefärbt.“

Bis all den Jahren ist außerdem überlegt worden, ob es nicht möglich ist, Einrichtungen vor dem Signal anzubringen, die automatisch wirken und den Lokomotivführer noch besonders und durch besondere technische Einrichtungen darauf aufmerksam machen, daß das Signal auf Halt steht. Erst in letzter Zeit sind auf der Strecke Hannover-Berlin Versuche gemacht worden, den Lokomotivführer auf drahtlosem Wege zu benachrichtigen, daß das Signal auf Halt steht. Diese Versuche sind indes wieder abgebrochen worden. Es ist fraglich, ob sie zum Ziel führen werden. Man darf dabei nicht vergessen, daß bei solchen Konstruktionen — Einführungen dieser Art werden immer wieder gemacht und dem Eisenbahnministerium vorgelegt — die Gefahr besteht, daß der Lokomotivführer sich gar nicht mehr um Signale kümmert, sondern nur auf die Zeichen dieser Sicherungen achtet. Ereignis sich aber ein Eisenbahnunglück, und der Lokomotivführer erklärt, er sei durch die besondere Konstruktion nicht gewarnt worden, die technische Einrichtung, die ihm sagen sollte, das Signal steht auf Halt, habe nicht funktioniert, so besteht keine Möglichkeit, die Richtigkeit dieser Behauptung nachzuprüfen. Eine technische Einrichtung endlich, die ähnlich wie es bei der Hochbahn in Berlin der Fall ist, die Züge vor dem Signal, wenn es auf Halt steht, automatisch zum Stillstehen bringt, dürfte kaum möglich sein. Unmal würde eine solche Einrichtung für die ganze preussische Eisenbahnverwaltung ganz ungeheure Kosten verursachen, und dann darf man nicht vergessen, um wieviel länger, also auch um wieviel schwerer die D-Züge sind, als die Züge der Hochbahn, und mit welcher erhöhter Geschwindigkeit sie fahren. Wie sehr und zuverlässigste Sicherung bleibt der Mensch, der gewissenhafte Lokomotivführer. Die Eisenbahnverwaltung hat es daher auch stets als ihre Aufgabe angesehen, den Führern der durchgehenden Züge eine verhältnismäßig kurze Dienstzeit zu geben und sie nicht zu lange auf der Strecke zu belassen, damit sie nicht durch zu viele verschiedene Eindrücke auf der Strecke verwirrt werden. Ein Glück ist es übrigens, daß der Köln-Berliner D-Zug in Herne hält. Inwiefern hätte der Lokomotivführer vor dem Bahnhof Herne bereits abgebremselt. Hätte der Zug bei dem Zusammenstoß die volle Geschwindigkeit gehabt, so wäre die Katastrophe noch entsetzlicher geworden.“

Diese Erklärungen bezeugen, daß selbst die vollkommenste Technik ihre Mängel behalten wird, und daß die Chronik Eisenbahnunfälle meilen weit, so lange es Eisenbahnen gibt.

## Die Einkommensteuer der freien Berufe.

Anlässlich der am 10. November erlassenen Verordnung über wirtschaftlich notwendige Steuerminderungen ist aus den Reihen der freien Berufe mit Recht darüber Klage geführt worden, daß von den Ermäßigungen, welche die Verordnung vorsieht, die freien Berufe ausgenommen wurden. Der Schuerverband deutscher Schriftsteller ist daher bei dem Finanzminister vorstellig geworden, und ersuchendweise konnte daraufhin noch im letzten Augenblick vor dem bevorstehenden Steuertermin der Erlass einer Verordnung erreicht werden, die den berechtigten Wünschen der freien Berufe wenigstens in gewissem Umfang Rechnung trägt. Bei der Unregelmäßigkeit des Einkommens der Angehörigen der freien Berufe können sich nämlich Härten daraus ergeben, daß ein Steuerpflichtiger zwar im ganzen Jahre nicht mehr als 8000 M. Einkommen bezieht, dieses Einkommen sich aber auf die einzelnen Vierteljahre ungleichmäßig verteilt. Infolgedessen ist es möglich, daß in einzelnen Vierteljahre zwar 20 Proz. Einkommensteuer bezahlt werden, obwohl insgesamt nur 10 Proz. zu zahlen gewesen wären. Zur Wiedereingabe dieser Härten ist nunmehr der Finanzminister bestimmt worden, daß die für das letzte Vierteljahr 1924 zu erhebende Vorauszahlung bis zur Höhe des Unterschiedsbetrages gestundet werden kann. Wenn beispielsweise ein Schriftsteller aus seinen Tantiemen oder ein Künstler von seinen Bildern im Mai oder Oktober je 4000 M. verdient hätte, weitere Einkünfte aber nicht gehabt hat, so müßte er am 10. Juli 600 M. bezahlen, und der gleiche Satz wäre am 10. bzw. 17. Januar fällig. Da aber bei einem Gesamteinkommen von 8000 M. nur insgesamt 800 M. zu zahlen sind, so können nach

oberiger Verordnung von dem am 10. bzw. 17. Januar fälligen Betrage von 600 M. 400 M. auf Antrag gestundet werden, wobei zu bemerken ist, daß der Antrag mit der Zahlung gleichzeitig eingereicht werden kann. Da bei den freien Berufen der Ueberschuss der Einkünfte über die Werbungskosten im wesentlichen mit dem reinen Einkommen übereinstimmt, so dürfte die Stundung die Bedeutung eines Erlasses haben.

Bei den bisherigen Einkommensteuervorauszahlungen war auf leistungsschwache Personen dadurch Rücksicht genommen, daß bei ihnen regelmäßige Vorauszahlungen nicht erhoben wurden, wenn die Jahreserträge nicht mehr als 600 Reichsmark (also im Vierteljahr nicht mehr als 150 Reichsmark) betragen. Wenn das Einkommen über diesen Betrag hinausging, waren Vorauszahlungen vom vollen Einkommen zu erheben. Zur Milderung der darin liegenden Härten hat der Reichsfinanzminister angeordnet, daß bei derartigen Steuerpflichtigen, deren Einkommen zwar im Kalenderjahr 1924 600 Reichsmark überstiegen hat, aber nicht über 900 Reichsmark hinausging, auf Antrag für das vierte Kalenderquartal, also bei der am 10. Januar 1925 fälligen Vorauszahlung, ein Einkommensbetrag von 150 Reichsmark freigelassen werden kann. Als leistungsschwache Steuerpflichtige im Sinne dieser Bestimmung gelten Personen, die erwerbsunfähig oder in der Erwerbsfähigkeit beschränkt oder über 60 Jahre alt sind und deren Einkünfte im wesentlichen aus Renten oder Renteanteilen, aus Vermietung oder Verpachtung von Grundbesitz oder aus laufenden Zuschüssen oder Unterstützungen herühren.

## Der Herr Bezirksfeldwebel a. D.

### Als er nicht mehr auf großem Fuße leben konnte ...

Eine buntgemischte Gesellschaft, zwei Einbrecher und neben ihnen zwei „Kavaliers“, nahmen gestern auf der Anlaufbahn des Schöffengerichts Mitte Platz. Sie sollten sich wegen zweier schwerer Einbrüche verantworten. Die gewerbetätigen Einbrecher Johann R. und Hugo H. hatten die Einbrüche verübt, sollten dazu aber nach ihrem eigenen Geständnis von dem Kaufmann Wilhelm Sch. angeleitet worden sein. Dieser wiederum sollte den Tipp zu dem einen Einbruch von seinem Freunde erhalten haben, da dieser Einbruch bei der Adaption des letzteren verübt worden war.

Sch. spielte in Berlin lange Zeit den „Kavalier“. Während des Krieges war er Bezirksfeldwebel. Er lebte stets auf großem Fuße, da er durch Restehungsgeelder, die ihm infolge von Beiziehung vom Militärdienst in reichlichem Maße zufließen, große Einkünfte hatte. Im Jahre 1923 war er aber in Not geraten und schuldete seinem Freunde v. W. dem gestrigen Mitangeklagten, der erst durch Adaption im Jahre 1920 Baron geworden war, einen größeren Geldbetrag. Um seine Schulden loszuwerden, setzte er sich mit Johann R. und Hugo H. in Verbindung und veranlaßte sie, einen Einbruch bei seinem Schwager, einem Kaufmann B., zu verüben. Mit diesem wohnte er in demselben Hause, und die Eheleute B. hatten die Gewohnheit, bei Besuchen die Schlüssel Sch. zur Aufbewahrung zu übergeben. Dieser handigte nun eines Tages, als seine Verwandten wiederum ausgegangen waren, die Schlüssel den beiden Einbrechern aus, die in die Wohnung eindrangen und eine Schreibmaschine, einen Perseerteppich und andere Gegenstände stahlen. Den Teppich brachte Sch. zu seinem Freunde v. W., der nach Hamburg fuhr und ihn dort verkaufte. Kurze Zeit darauf wurde von Johann R. und Hugo H. ein ähnlicher Einbruch bei der Adaption des v. W. verübt, und es wurde dabei die Zeit abgepaßt, als die Tante ihren regelmäßigen Besuch am Nachmittag bei ihrem kranken Neffen machte. Diesmal wurden nicht nur Teppiche gestohlen, sondern auch wertvolle Silbergeräte. Auch diese Teppiche verkaufte Sch. gemeinsam mit v. W. in Hamburg. Das Silbergerät wurde in Berlin zu Geld gemacht. Die beiden Einbrecher selbst wurden von Sch. ebendort noch um den Ertrag ihres Anteils an der Teppichausbeute geprellt. v. W. bestritt entschieden, Kenntnis von den Diebstählen gehabt zu haben. Er habe aber Sch. mitgeteilt, daß seine Tante Teppiche zu verkaufen habe. Das Gericht kam auch zu einer Freisprechung des Angeklagten v. W., verurteilte dagegen Sch. zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen, die zwischen 1 Jahr 9 Monaten und 1 Jahr 6 Monaten schwanken.

## Autowacht gleich Verkehrswacht!

Ohne große äußere Aufmachung wirkt seit einem guten Vierteljahr die Autowacht Berlin-Brandenburg e. V. zum ersten des Berliner Verkehrs. Die aus den Statistiken der Autowacht hervorgeht, hat sie gute Erfolge zu verzeichnen. Bei Beginn ihrer Tätigkeit waren namentlich die Wüdinge im Kraftfahrzeugverkehr, die ohne Rücksicht drauflos fahren, die Schmerzensfinder der Autowacht. Aber das unermüdbare, Rille, höfliche Wirken der Autowacht-Funktionäre hat darin sichtbaren Wandel geschaffen. — Gerade dadurch, daß sich die Autowacht in erster Linie aus den Reihen der Kraftfahrzeuge zusammensetzte, übte eine erzieherische Wirkung aus. Aus den Verhandlungen über die Berliner Verkehrsordnung ist zur Genüge dargetan, daß die Verkehrsbehörde im Verhältnis zur Verkehrsbehörde anderer Großstädte über außerordentlich wenig Beamte verfügt. Um so begriffenwerter ist es, daß die Autowacht durch ihre freiwilligen Funktionäre die Arbeit der Verkehrsbehörde weitgehend unterstützt. Auch der Verkehrsbeamte steht heute nicht mehr zu dem bloßen Zweck auf der Straße, möglichst viel Verletzungen festzustellen. Er greift vielmehr regend, fördernd, behebend in den Verkehr ein. Für den Autowacht-Funktionäre ist dies natürlich die alleinige Aufgabe. Wie bereits oben gesagt, sind die Erfolge gerade im Kraftfahrzeugverkehr außerordentlich gute gewesen. Inzwischen ist aber die sogenannte Autowacht-Frage längst zu einer Verkehrsfrage geworden. Überhaupt alle, die irgend etwas mit dem Verkehr zu tun haben, sollen an der Regelung des Verkehrs und an der Förderung des Verkehrs mitarbeiten. Es macht sich nötig, daß diese Umstellung auch äußerlich besser in Erscheinung tritt. Deshalb hat der Vorstand der Autowacht den Beschluß gefaßt, auf der nächsten Hauptversammlung, die am 10. Januar 1925 stattfindet, zu beantragen, daß die Benennung Autowacht Berlin-Brandenburg e. V.

## Das Rundfunkprogramm.

### Donnerstag, den 15. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).  
6.40 Uhr abends: Vortrag des Herrn Stutzsch: „Hilfe für die Eltern bei der Berufswahl ihrer Kinder“. 7—7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). 7 Uhr abends: Handelskurse. W. Rehnisch: „Einfache Buchführung“. 7.30 Uhr abends: Literatur und Kunst. Mr. Hamilton, Lektor an der Universität Berlin: „Englische Literaturgeschichte“ (in englischer Sprache). 8.30 Uhr abends: Abendkonzert. 1. La folia (Variations sorieuses) Corelli—Leonard (Pepi Trau, Violine). 2. a) Der Dichter. E. v. Wildenbruch. b) Das Gedicht. E. v. Wildenbruch. c) Der Verlassenen Klage. E. v. Wildenbruch. d) Winterreparaturtag. E. v. Wildenbruch. e) Weihnachts. E. v. Wildenbruch. 3. a) Arie aus der Oper „Der Dämon“. A. Rubinstein. b) Gesang des Spielmanns aus der „Mohenopfer“. Die Königskinder. E. Humperdinck (Kammerkänger Dr. Benno Ziegler von der Berliner Staatsoper, Bariton). 4. a) Rondino, Beethoven-Kreisler. b) Andante religioso aus dem Violinkonzert. H. Viouxtempa. c) Variationen über ein Thema von Corelli, Tartini-Kreisler (Pepi Trau, Violine). 5. a) Neujahr. E. v. Wildenbruch. b) Deutschland und die Welt. E. v. Wildenbruch. c) Die letzte Pflicht. E. v. Wildenbruch (Karl Zander, Rezitation). 6. a) Aus der Jugendzeit (Fr. Rückert) R. Radecke. b) Ein Ehelied. Jos. Ziegler. c) Du bist ein Kind (Ernst Ziel) F. v. Weingartner. d) Winterweisse (Henckell) H. Strauß (Basso Ziegler, Bariton). Am Flügel: Otto Urack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitungs-, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theaterdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

ungeändert wird in die Benennung Verkehrswacht Berlin-Brandenburg e. V. Zur Teilnahme an dieser Hauptversammlung sind alle in der Provinz Brandenburg bestehenden Verkehrswächten eingeladen. Hand in Hand mit der immer weiter fortgeschrittenen Durchdringung des Berliner Verkehrs mit Verkehrswächtern und Maßnahmen geht die Gruppenbildung auswärtiger Verkehrswächten voran. Die Provinz Brandenburg bildet in bezug auf die Verkehrswacht-Probleme ein einheitliches Ganzes.

Die jüngste Gründung in der Provinz Brandenburg ist die am 8. Januar 1925 erfolgte in Frankfurt a. d. Oder. Die Bezeichnung lautet: „Verkehrswacht Berlin-Brandenburg e. V. Ortsgruppe Frankfurt-Oder.“ Die neue Ortsgruppe stellt ebenfalls sofort Funktionen in den Dienst der Sache. Es liegt im Interesse aller, Anweisungen der Funktionäre zu befolgen und gegebenenfalls die ehrenamtlich tätigen Verkehrswächter der Verkehrswacht Berlin-Brandenburg e. V. zu unterstützen.

## Der unsanfte Kinnhaken.

### Zähne sind nicht Glieder des menschlichen Körpers.

In einem Potsdamer Lokal war der Klavierspieler Fritz B. mit einem Gast in Streitigkeiten geraten. Es kam zu Tätlichkeiten, und der Klavierspieler schlug darauf auf den Gast herum, daß dieser außer einer Verwundung im Gesicht acht Schneidezähne einbüßte. Wegen Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeugs vor dem Potsdamer Amtsgericht angeklagt, bestritt der Angeklagte, den Gast geschlagen zu haben. Vielmehr habe ein unsanfter Kinnhaken den Verlust der Zähne herbeigeführt. Der Anwalt stellte anheim, die Sache an das Schwurgericht zu verweisen, falls die Zähne als Glied des menschlichen Körpers angesehen werden würden. Das Gericht lehnte eine Verweisung ab mit der Begründung, daß Zähne nicht als Glied des menschlichen Körpers anzusehen seien, denn nach medizinischen Gutachten ist nur das als Glied zu bezeichnen, was durch Nerven mit dem Körper verbunden ist. Dauernde Entstellung komme nicht in Frage, da es solche Zähne gibt. Dem Angeklagten konnte nicht nachgegeben werden, daß er mit einem Gegenstand geschlagen habe. Es kam daher nur einfache Körperverletzung in Frage. Strafandrohung war von dem Verletzten nicht gestellt, und das Gericht kam zu einer Freisprechung. Als der Vorsitzende den Juroren fragte, ob er schon wieder Zähne habe, meinte dieser trübselig: „Ach, Herr Richter, ohne Geld wachsen sie nicht.“

## Deutschnationaler „Kulturkampf“!

Die „Deutsche Tageszeitung“ brachte am 7. Januar d. J. nachstehende Notiz:

Von einem Sittlichkeitsverbrechen einer betagten Lehrerin in Niederbachhausen weiß eine polizeifähige Nachrichtenstelle zu berichten. Danach soll eine 53jährige Privatlehrerin einen 12jährigen Jungen verführt und dieser sich im weiteren Verlauf an seiner jährigen Schwester vergangen haben. Die Einzelheiten sind nicht wiederzugeben; sie scheinen mit den neuesten Radikalbestrebungen unterschiedener Schulreformer zusammenzuhängen.

Es bedarf wohl kaum des Hinweises, daß diese Privatlehrerin in keiner Verbindung mit der Schulreformbewegung steht. Der Fall paßt ein; wenn man sieht, wie die „Deutsche Tageszeitung“, deren Anhänger angeblich Anstand und christliche Sitte in Erbpacht haben, diesen traurigen Fall aususchlachten versucht. Was würde man sagen, wenn man diesen Fall, da es sich um eine „Christin“ handelt, der „christlichen“ Weltanschauung aufs Konto schreibe? Das wäre natürlich genau so dumm und gemein, wie die Andeutung der „Deutschen Tageszeitung“.

## Der „Bankkommissionär“.

Wegen vieler Schwandeleien wurde ein 23jähriger „Bankkommissionär“, ein Kaufmann Siegfried Graf von der Kriminalpolizei festgenommen. Der junge Mann gründete seinen Betrieb vor 5 Monaten in der Badstraße. Weil er selbst kein Kapital hatte, so verschaffte er es sich durch Einleger und Angestellte. Jene ließen auf seine geschickten Anpreisungen hinein, diesen nahm er Bürgschaften von 200 bis 1000 M. ab. Die Einleger trauten seinen schönen Geschäftsbriefbogen mit Giro- und Bankkonto um so lieber, als er ihnen 20 Proz. und mehr Monatszinsen versprach. Die Betreuer, die wieder Einleger heranzuschaffen mußten, sollten 200 bis 300 M. Monatsgehalt und außerdem Provision bekommen. Die Einleger erhielten nach dem ersten Monat auch einige Zinsen und beruhigten sich vorläufig dabei. Mit jeder neuen Einlage und jeder neuen Kautionskopie der Bankkommissionäre hat ein altes Loch zu, soweit er das Geld nicht für sich selbst verbrauchte. Als ihm die Gläubiger in der Badstraße zu frühlich auf den Leib kamen, verlegte er den Betrieb nach der Bernburger Straße, und als man ihn auch hier fand und von neuem beströmte, nach der Turm- und endlich nach der Chausseestraße. In der Bernburger Straße hatte er noch große möblierte Räume, von da ab wurde er immer beschleudert. Besonders drängenden Gläubigern versprach er auch die Möbel, die er für sein Eigentum ausgab, obwohl sie den Wirtleuten gehörten. Auf viele Anzeigen hin wurde der Schwandeler festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Mitteilungen von Betrogenen, die noch keine Anzeige gemacht haben, nimmt die Kriminalinspektion C. 7 in der Georgenkirchstraße 30a entgegen.

## Zuchthaus für einen Falschgeldverbreiter.

Bei der Ausgabe gefälschter englischer Pfundnoten wurde vor einiger Zeit der Kaufmann Rein in der Brunnenstraße abgefaßt. Er hatte sich mit dem Schöffengericht Witte zu verantworten und behauptete, daß er selbst hineingelegt worden sei und daß er keine Ahnung von den Fälschungen gehabt habe. Er will nämlich, da er in Not war, am Potsdamer Platz seine goldene Uhr verkauft und dafür die Devisen als Zahlungsmittel erhalten haben. Nichtwahrheitsgemäß war der Angeklagte aber eigens bis am Brunnenstraße gefahren, um sich dort ein paar Sträuße zu kaufen. Die Wirtin des Angeklagten bezeugte, daß sie in dessen Wohnung niemals eine goldene Uhr gesehen habe. Das Schwurgericht verurteilte Rein, der bereits mehrmals vorbestraft ist, zu drei Jahren Zuchthaus und Ehrverlust.

In dem Mord in der Greifenstraße wird mitgeteilt, daß die Ermordete immer noch nicht bekannt ist. Man will in ihr ein Straßenmädchen erkennen, daß besonders in der Gegend der Friedrich- und Mittelstraße umherging und Margot Schradler oder auch Margot Schindler genannt wurde. Andere wollen in ihr eine Julie Becker mit dem Spitznamen „Reimbahnhäule“ erkennen, die ebenfalls in der gleichen Gegend Männerbekanntschaften suchte. Gestern nachmittags wurde im Leichenhause die Obduktion der Ermordeten durch Medizinalrat Dr. Stömer und Professor Dr. Strauch ausgeführt. Die Obduktion ergab, daß der Tod durch Schußwunde und Gehirnverletzung sowie durch Verbluten eingetreten ist. Der Mörder hat, wie wir schon mitteilten, in sinnloser Wut auf das Opfer eingeschlagen. Im Ganzen hat er zehn Schüsse geführt. Der Kopf der Ermordeten wurde abgetragen und im Witzbild erhalten. Er wird rekonstruiert und im Leichenhause aufgestellt werden, um die Feststellung der Persönlichkeit zu erleichtern.

Der Mord bei Damsch Am 2. Januar d. J. ist in der Nähe von Damsch bei Jüterbog die Leiche eines etwa 20jährigen Mannes aufgefunden worden, der einem Verbrechen zum Opfer gefallen war. Der Tote ist jetzt als der am 10. Oktober 1906 in Rügen (Provinz Sachsen) geborene Uelstler Georg Witz festgestellt. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Sprechstunde für Profitorische Familien. Letzte Donnerstag, 13. Uhr; Übungsstunde im Gesangschor der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 15/17.







Beschäftigung der deutschen Werften zugute kommen soll. Unklar bleiben die Rückzahlungsmodalitäten und die Frage, ob es sich nur um Ersatzbauten oder auch um Erweiterungsbauten für die Handelsflotte handelt.

Will man die heutige Lage der deutschen Reedereien beurteilen, so muß man ihre Goldbilanzbilanzen zu Rate ziehen und dabei beachten, daß dieselben im Verhältnis zu den übrigen Goldbilanzen der deutschen Privatwirtschaft eine ganz besondere Stellung zukommt.

Die Reedereien haben von ihrem in der Vorkriegszeit 5,4 Millionen Bruttotonnen umfassenden Schiffsparke infolge des Versailler Friedensvertrags alle Schiffe über 1600 und die Hälfte der Schiffe über 1000 Tonnen abgeben müssen, so daß ihnen Anfang 1919 nur 420 000 Tonnen (noch nicht 10 Proz. des Bestandes von 1919) verblieben waren. Durch Neubauten in der Inflationszeit haben sie ihren Schiffsparke wieder auf einen Tonnengehalt von fast 3 Millionen gebracht, so daß reichlich die Hälfte des Vorkriegsbestandes wieder erreicht ist. Weit über die Hälfte dieser Schiffe ist noch nicht fünf Jahre alt, die übrigen sind von der Lebensgrenze der Ueberseeschiffe, die etwa bei 15 Jahren liegt, noch weit entfernt.

Die deutschen Reedereien haben also in den Aktiven ihrer Bilanzen seit 1913 eine vollständige Ummwälzung erlebt. Deshalb kann auch die Veränderung der Passiven seit 1914, hauptsächlich des eigenen Kapitals nicht unter den gleichen Voraussetzungen wie bei der übrigen deutschen Privatwirtschaft mit den entsprechenden Vorkriegsziffern verglichen werden. Man kann nur feststellen, welche Veränderungen im eigenen Vermögen der Schiffahrtsgesellschaften erfolgt sind.

#### Kapital und Tonnage von 10 deutschen Reedereien (nach „Hansa“, 1. Heft 1925).

Reederei	Kapital		Reserve	Tonnage	Wuchst.		Wert d. Tonne
	1913	1924			1913	1924	
Damb.-Am.-S.	160	55,1	8	432 576	09,8	189	162
Nordd. Lloyd	125	33,0	29	355 160	71,9	150	203
Hamburg Süd	25	20,5	6	129 456	22,3	182	172
Deutsch.-Anstr.	30	18,2	22,1	86 646	21,5	146	248
Kölnmoos	14	12,1	14,2	81 725	13,7	111	168
Holland	3	12,1	6,8	102 224	18,0	140	176
Dania	25	12,0	4,2	142 592	16,4	79	115
Stett. Dampf.-E.	3,2	6,3	0,6	75 000	5,8	156	71
Deutsche Schiffahrts.	10	4,0	3,4	43 000	11,9	161	271
Boermann	29	* 4,0	3,4	44 445	70,3	211	234
	431,2	177,3	88,2	1 493 734	201,1	153	182

Vergleichen wir zu diesem Zweck (siehe Tabelle I) die Kapitalsummen der 10 größten Reedereien 1913 und 1924 miteinander, so sehen wir, daß sich die Gesamtsumme des eigenen Kapitals (ohne die offenen und Baureiserven) von 431,2 auf 177,3 Millionen Goldmark gesenkt hat. In offenen und Baureiserven haben die 10 Reedereien den sehr hohen Betrag von über 88 Millionen Goldmark, das sind 50 Proz. ihres Kapitals, bereitgestellt, offenbar mit Rücksicht auf die aus dem Frachtag- und Frachtengeschäft in der Zukunft drohenden Verluste. Wenn nämlich die deutschen Schiffe auch neu und besonders leistungsfähig sind, so ist doch das deutsche Hauptpassagiergeschäft, die Auswanderung nach Amerika, zurzeit fast stillgelegt, und das deutsche Frachtgeschäft steht unter dem Druck der internationalen Frachtlage und, wie die Reedereibehörden behaupten, unter dem Druck der bedeutend kürzeren als die Frachtraten gegenüber 1914 gestiegenen Selbstkosten.

Hören wir, was der Reichsfinanzminister Dr. Cuno als Reeder in der deutschen Zeitschrift „Hansa“ darüber zu sagen weiß: „Unter dem Druck dieser wirtschaftlichen Rückentwicklung des Welthandels hat dieser gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als 20 Proz. abgenommen. Ihm steht eine um mehr als den gleichen Prozentsatz vergrößerte Welthandelsflotte gegenüber. Indessen die Frachtraten bieten auch in ihrer gegenwärtigen Höhe keinen entsprechenden Ausgleich für die seit dem Krieg eingetretene Steigerung der Kosten. Nimmt man als Basis für die Vorkriegsfrachtraten die Zahl 100, so ergäbe sich für den gegenwärtigen Zeitpunkt eine Zahl von 105 bis 106, und nimmt man auf der anderen Seite als Basis der Kosten für die Vorkriegszeit gleichfalls die Zahl 100, so liegen die Betriebskosten, mindestens für Deutschland, zwischen 160 und 170.“

Wir hätten hier also, ähnlich wie früherzeit bei der Landwirtschaft, jene Schere, die durch das Auseinanderklaffen von Selbstkosten und Umlageergebnis die Möglichkeit der Rentabilität ausschließt. Daraus würde sich auch die besondere Tiefhaltung des eigenen Kapitals und die auffallende Höhe der Reserven in den Goldbilanzen ohne weiteres erklären. Allerdings ist diese Schere bei den deutschen Reedereien, mindestens nach der Seite der Frachtraten hin, viel schwächer zu schätzen als bei der Landwirtschaft. Denn nirgends ist der Konkurrenzkampf heftiger als auf dem Frachtmärkte, und die Schere kann nur durch weitere erhebliche Stilllegung von Schiffsraum oder durch eine gewaltige Steigerung des Ueberseehandels geschlossen werden. Letztere aber kann

bei der starken Industrialisierung der früheren Agrar- und Kolonialgebiete seit 1914 verfehlt nicht erwartet werden.

Die Steigerung des durchschnittlichen Wertes pro Tonne von 153 M. (1913) auf 182 M. (1924) erklärt sich aus der Neuheit der deutschen Schiffe. Aus ihr erklärt sich auch (nicht, wie in der bürgerlichen Presse meistens angenommen wird, aus der schlechten Lage des Frachtgeschäfts), daß 1924 nicht 210 000 Tonnen, was einer 70prozentigen Erneuerungsrate entspräche, sondern nur 110 000 Tonnen Ersatzbauten neu aufgelegt worden sind.

Bei dieser Sachlage hätte die deutsche Öffentlichkeit allen Grund, die Bemühungen der deutschen Reeder um direkte oder indirekte Subventionen der Reedereien durch den Staat mit größter Vorsicht zu betrachten. Die Auflage neuer Schiffe über die notwendigsten Ersatzbauten hinaus wäre angesichts der Ueberlegung des Weltverkehrs schon vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus eine Torheit. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt müßte man geradezu nach Mitteln suchen, sie zu verhindern.

Das gilt auch für die deutsche Wertindustrie. Auch diese ist durch die Kriegs- und Inflationswirtschaft weit über die Nachfrage nach Schiffen und Schiffsmaschinen ausgedehnt worden, die heute und in der Zukunft möglich ist. Man kann eine Krankheit nicht heilen, indem man die Ursachen der Krankheit fördert. Ganz besonders die deutschen Werften werden um eine Umstellung ihrer Produktion und um die Spezialisierung der deutschen Werft- und Schiffsmaschinenindustrie auf solche Produktionszweige nicht herumkommen, in denen die technische Ueberlegenheit und billigere Preisstellung die ausländische Nachfrage ohnehin nach Deutschland führt.

#### Kapitalvergleichung für 15 Werften (4 große Werften fehlen)

Werft	Kapital	
	1913	1924
Flensburger Schiffbau	3,3	2,6
S. Ferichs & Co. A.-G.	2,5	2,5
Reiberslöy	5,0	6,0
Nansen & Schmilinsky	0,8	1,1
Teklenborg	4,0	6,1
Gustawwerk Stettin	1,5	5,0
Weser A.-G.	7,3	13,1
Hamburger Elbe-Werft	—	0,47
Nordwerft	—	1,0
Schiffbau-Ges. Unterweser	—	0,9
Rübe & Co.	—	1,0
H. Koch Lübeck	—	0,6
Düflewerft Stettin	—	2,4
Bremer Vulkan	10,0	10,0
Atlas-Werke A.-G.	6,0	5,4
Gesamt	41,50	63,97

Uebrigens lassen die Goldbilanzen der deutschen Werften in keiner Weise erkennen, daß sie irgendwie unterstützungsbedürftig wären. Die 15 Werften, deren Bilanzen heute vorliegen, hatten 1913 ein Aktienkapital von 41,50 Millionen. Sie weisen heute ein Aktienkapital von 63,97 Millionen aus. Es liegt also eine Steigerung des eigenen Kapitals (ohne Reserven) um mehr als 50 Proz. vor. Die Weser-A.-G., die kapitalstärkste unter den 15, lag dabei in ihrem Goldumschlagungsbericht, daß die Anlagen „zunächst mit ihren jüngsten Tagewerten, die selbstverständlich stets erheblich unter den Anschaffungskosten bleiben“, eingestuft und daß von ihnen nochmals die in der Bilanz ersichtlichen Abschreibungen vorgenommen seien. Diese noch mäßigen Abschreibungen betragen bei den Gebäuden und Anlagen über 50 Proz., bei den Schwimmboots 55—60 Proz.

Wenn heute demnach, zwar nicht Subventionen, aber Reichskredite den Reedereien und Werften zugestanden werden, so sind diese Kredite nur zu billigen, wenn die notwendige Umstellung der Werften dadurch nicht vereitelt wird und wenn der Zweck der Kredite sich darauf beschränkt, die sozialpolitischen Gefahren dieser Umstellung zu verhüten oder wenigstens zu mildern. Nur dieser Gesichtspunkt vermöchte auch allein die Entnahme der Kredite aus dem Fonds der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu rechtfertigen.

Die neue deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Im Verlag für Politik und Wirtschaft ist unter diesem Titel eine Darstellung des deutschen Reichsbahnwesens aus der Feder von zwei Mitarbeitern des Reichsverkehrsministeriums, des Ministerialrats Sarter und Mittel erschienen. (Preis 8,50 M.) Nach einer kurzen Schilderung der Entwicklung der deutschen Reichsbahn bis zum Dawes-Entschluß bringt die Schrift ausführliche Abhandlungen über die Rechtsverhältnisse, die Satzungen, die Rechte des Reiches und die Personalfrage sowie über die Rolle, die die Reichsbahn als Trägerin von Reparationsverpflichtungen spielt. Die Schrift stellt eine umfassende Auslegung der neuen Gesetze dar, die ergänzt wird durch eine eingehende Würdigung der sachlichen, geschäftlichen, tarifpolitischen und sonstigen Aufgaben, wie sie sich aus der Umformung des deutschen Verkehrswesens ergeben. Als solche hat die Schrift für alle beteiligten Kreise große Bedeutung.

## Der Bundeskongress des ADB.

### Letzter Verhandlungstag.

Der dritte Verhandlungstag brachte die Schlussworte der Referenten und der Berichterstatter. Der im Lauf des Kongresses gewählte Besoldungsausschuss hatte alle zur Besoldungsfrage gestellten Anträge in zwei Entschliessungen zusammengefasst, die die bisher vom ADB verfolgte Besoldungspolitik gut heißen und die Richtlinien des Referenten Komitee anerkennen. Darüber hinaus wird eine grundsätzliche Neugestaltung des gesamten Besoldungssystems und die Aufhebung des Sperrgesetzes geordert. Der Rechtsausschuss fordert in einer Entschliessung die Einführung der geschlossenen achtstündigen Arbeitszeit; der Bundesvorstand wird aufgefordert, gemeinsam mit ADB und AFA-Bund den Kampf dafür mit allem Nachdruck zu führen. Gegen den Beamtenabbau und die dadurch bedingte Aufhebung der mehrerborenen Rechte der Beamten wird aufs schärfste protestiert. Im übrigen wird der Standpunkt des Bundes in der Frage des Beamtenrechtes gebilligt. Falkenberg sprach seine Befriedigung darüber aus, daß der Kongress ein starkes

### Bekennnis zur Republik

gebracht habe. Entgegen der Auffassung einiger Diskussionsredner, der Organisationsvertrag mit den Spitzenverbänden der freien Arbeiter- und Angestelltenvereine hätte nicht das gebracht, was erwartet wurde, erklärte Falkenberg, daß ein einhalbes Jahr im Leben einer großen Organisation nichts bedeuten, daß aber die Entwicklung durchaus zufriedenstellend ist und der grundsätzlichen Auffassung des ADB recht gebe. Der Kampf gegen den DVB, richte sich gegen die Leitung und nicht gegen die Mitglieder. Genau wie die Arbeiter werden auch die Beamten durch die Not zusammengebracht werden. Die Verammung stimmte dem Redner geschlossen zu, als er sich in scharfer Weise gegen die herabsetzende Berichterstattung der „Roten Fahne“ über den Kongress wandte. Die Leitung des ADB steht zu hoch, als daß sie von den Lügen und Verdrehungen dieses Blattes erreicht würde. Falkenberg schloß mit der Erklärung, daß die Idee der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung das Ausschlaggebende im ADB ist. Die vorliegenden Anträge werden einstimmig angenommen. Nunmehr referiert Kogur über den

### organisatorischen Aufbau des ADB.

und den Entwurf der neuen Satzung. Die bisherige Satzung hat sich als verbesserungsbedürftig erwiesen; die vorliegenden Anträge sollen ein besseres organisatorisches Zusammenarbeiten ermöglichen. Dem ADB sei es in der Vergangenheit oftmals möglich gewesen, Splitterorganisationen des DVB aufzunehmen. Bei den Grundrissen des ADB hätte das eigentlich abgelehnt werden müssen. Die Vorgänge in der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter stellen nur einen Klärungsprozess dar, der schon lange vorausgesetzt war. Die Dreifachtheorie ist nichts Außergewöhnliches; gerade diejenigen, die den ADB deswegen bekämpfen, wenden sie selbst an. Der alte Verwaltungsapparat des Bundes bestand aus dem Vorstand, dem Ausschuss und, als höchster Instanz, dem Bundeskongress.

Nach dem Satzungsentwurf, den die Satzungscommission vorgelegt hatte, besteht der neue geschäftsführende Vorstand aus 5 befristeten und 7 unbefristeten Mitgliedern. Er ist den übergeordneten Instanzen verantwortlich. Den erweiterten Vorstand bilden Vertreter der angeschlossenen Verbände. Daneben werden eine Reihe weiterer Paragraphen den Notwendigkeiten entsprechend geändert. Dieser Entwurf wurde nach eingehender Aussprache einstimmig angenommen. Der Kaiserliche Händlers wurde Entlastung erteilt.

Als befristete Vorstandsmitglieder wurden Falkenberg als Vorsitzender, Kogur als Stellvertreter, weiter Händler, Döblich und Dr. Böcker gewählt.

Eine von der AG eingetragene Entschliessung protestiert gegen die Privatlieferung der Reichsbahn und gegen die Beilegung des Beamtenentwärtens der Reichsbahnbeamten. Diese, wie auch eine Entschliessung zum Protest gegen die Verzögerung der Klärung der Kölner Zone, werden ebenfalls einstimmig angenommen. In einer Abschiedsanrede des österreichischen Delegierten Janitsch sprach dieser seine Befriedigung über den Erfolg, die Entschlossenheit und die Festigkeit aus, mit der der Kongress seine Arbeiten erledigt hat. Er schloß mit einem Hoch auf die freie Arbeiterbewegung in allen Ländern. Der nächste Bundeskongress findet in München statt.

Um 6 Uhr abends waren die Aufgaben des ersten Bundeskongresses der freigewerkschaftlichen Beamten-Spitzenorganisation abgeschlossen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den ADB, schloß der Vorsitzende die Sitzung.

## Weisse Zähne

erzielen Sie schon durch 1-2 malige Bürsten mit der herrl. erfrischend schmeckenden Zahnpasta **Chlorodont**. Bei ablen Mundgeruch wird auch mit Erfolg Chlorodont-Mundwasser verwendet.

# SINGERS INVENTUR-AUSVERKAUF

### Kleiderstoffe

Waschmusseline neue Musl. Mtr. 65 Pf.

Sportflanelle gestreift . . . Mtr. 68 Pf.

Neue Schotten Doppelbreit . Mtr. 85 Pf.

Blusen- und Rockstreifen 85 Pf.

Zibeline Streif. v. Karos. Doppelbreit. Mtr. 95 Pf.

Sciden-Ramagé . . . . . Mtr. 1<sup>65</sup>

Reinwollene Kostümstoffe 175

Kostümstoffe 130 cm breit . . Mtr. 175

Reinwoll. K'garn-Cheviot 2<sup>65</sup>

Reinwoll. Affenhaut und Velours de laine 130 cm br. . Mtr. 3<sup>85</sup>

### Konfektion

Sporttröcke gestreift und meliert . . . . . 1<sup>65</sup>

Hemdblusen in verschiedenen Streifen . . . 1<sup>95</sup>

Halbhoch-Unterröcke mit hohem Plissee-vollant . . . . . 2<sup>95</sup>

Satin-Unterröcke in vielen Farben . . . . . 2<sup>95</sup>

Racktschleider kariert, mit langem Arm, und Subkragen . . . . . 9<sup>85</sup>

Reinseidene Kleider in vielen modernen Farben . . . . . 16<sup>50</sup>

### Strümpfe, Herren-Artikel

Fäßlinge . . . . . Paar 25 Pf.

Damensrümpfe mit Doppelkante und Rechterer schwarz und karig . . . . . 60 Pf.

Strickbinder hübsche Streifen . . . . . 25 Pf.

Nosenträger in Gummi, mit Lederpatten 68 Pf.

Oberhemden-Ersatz gestr. v. einfarb. mit Krage . . . . . 98 Pf.

Oberhemden moderne gestr., ger. Faltenstr., 2 Krage, Klappmanschetten . . . . . 4<sup>00</sup>

### Baumwollwaren

Hemdentuch kräftiges Gewebe . . Mtr. 45 Pf.

Linon 130 cm breit . . . . . Mtr. 1<sup>25</sup>

Bettblett rosarot gestreift . . . . . Mtr. 1<sup>35</sup>

Staubhandtücher weiß, gestreift und gebändert . . . . . 75 Pf.

Weiber Bettlamast . . . . . Meter 1<sup>25</sup>

Weibe Bettlaken fertig geücht . . . . . 2<sup>25</sup>

### Wäsche

Damen-Hemden und -Schleier aus gutem Renlorck . . . . . 1<sup>25</sup>

Barchenhemden für Männer und Frauen . . . 2<sup>30</sup>

Barchenunterröcke schwere Ware . . . . . 2<sup>50</sup>

Damen-Hemdrosen mit Hohraum garniert . . . . . 2<sup>30</sup>

Damen-Unterröcke mit hohem blickerel-vollant . . . . . 2<sup>95</sup>

Damen-Nachhemden mit Hohraum . . . . . 2<sup>95</sup>

### Gardinen - Decken

Riammestoffe bunz gestreift . . . . . Mtr. 68 Pf.

Kabstroses aus Etamine mit Einsätze . . . . . 2<sup>25</sup>

Bettdecken met. Tüll . . . . . 3<sup>50</sup>

Künstlertgardinen zwei Reihen und ein Querhang . . . . . 3<sup>75</sup>

lacquard-Schleidecken . . . . . 3<sup>95</sup>

Biniarbiße Steppdecken . . . . . 1<sup>25</sup>

Zum Selbstauswählen:

Blusen-Kupons 95 Pf.

Jeder Kupon enthält 2 Meter Stoff

Fert. Deckbetbezug 4<sup>30</sup>

Crépe-Frotté Stoffe 2<sup>45</sup>

130 cm breit . . . . . Jede ab 2<sup>45</sup>

Madras-Gardinen 7<sup>50</sup>

110 cm breit . . . . . Jede ab 7<sup>50</sup>

Berlin N., Chausseestr. 61-62

Geschäftszeit ununterbrochen von 9-7 Uhr

Ecke Liesenstr. Untergrundbhf. Schwartzkopffstr.

## Das Gastmahl.

Von Peter Scher.

Es gibt ja so viel Formen von Sabismus. Wenn II ein Essen veranstaltet, sieht er immer peinlich darauf, daß unter den Eingeladenen einige Künstler sind, die sich tödlich lassen.

Jedesmal, wenn die Tür aufgeht und einer hereintritt, dessen Todfeind schon da ist, liegt ein Schimmer seliger Verklärung auf II's Gesicht. Kein Vergnügen — nicht einmal das eines ungewöhnlichen Abchlusses — gleicht dem Entzücken, das II empfindet, wenn er als Hausherr die feindseligen Gäste miteinander bekannt macht.

Als ich kürzlich in II's Salon unter den anderen auf den Anbruch der Abfütterung lauerte, spie die doppelt geöffnete Tür einen aus, der bei meinem Anblick erbleichte.

Denn warum? Er schreibt für, ich über das Theater. Knirschend trat der Autor näher, die Stirn umhüllt von tierischem Ernst.

„Gestatten Sie,“ sagte II mit strahlender Miene — „oder kennen Sie die Herren?“

Der andere knirschte dumpf.

Ich sagte schlicht: „Wenn ich nicht irre, sind wir Todfeinde —?“ Bei Tisch war ich selbstverständlich neben ihm untergebracht.

II sah leuchtend gegenüber. Die Miene eines Gläubigen beim Vortrag seines Lieblingspropheten ist nichts gegen die Seligkeit auf seiner Stirn.

Sorglos und umgibtet sprach ich gleich vom Stück. „Wenn ich mich recht erinnere, waren Sie bis Sonnabendvormittag mein Freund. Am Abend war die Aufführung. Am Montag früh erschien die Kritik und Sie hassten mich. Warum — sagen Sie mir — haben Sie mich eigentlich nicht schon am Sonntag gehaßt, da Sie doch wußten, daß ich unbestechlich bin?“

„Herr —!“ sagte der Autor — „aber genug . . . ich will Ihnen nur sagen, daß ich selbstverständlich nicht über die Kritik, sondern über ihre taktlose Form beleidigt war!“

„Ahhh hoo —“ sagte ich und sah ihm herzlich ins Gesicht — „über die taktlose Form . . . ja da sind wir ja durchaus einer Meinung . . . sehen Sie mal an und ich hatte mir eingebildet, Sie wären über die Kritik beleidigt gewesen!“

Denn stuhle einen Koseni; aber da ich ihm treu ins blaue Wämmerauge sah, erhob er sein Glas und trank mir hoffig zu. Ich sagte frisch und unbekümmert: „Prost!“

Unser Gastgeber wendete sich schmerzbeengt ab.

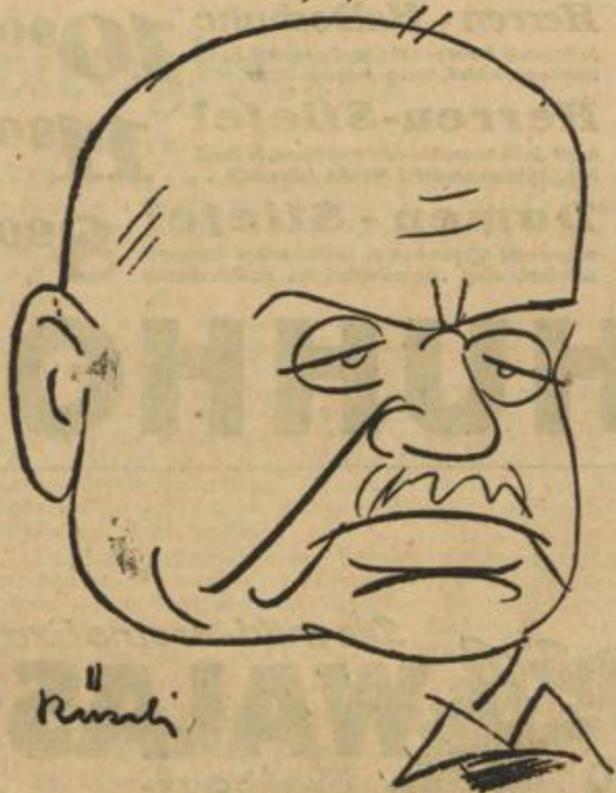
## Das Rätsel der Kokosperle.

Am Jahre 1741 beschrieb der Botaniker Rumphius zum ersten Male eine merkwürdige Steinbildung, die in der Höhlung einer Kokosnuß gefunden sein sollte. Diese „Kokosperle“, die eine milchweiße Oberfläche besaß und einer Austerperle ähnelte, nur daß ihr der Perlmutterschimmer fehlte, war bis vor kurzem eine ganz rätselhafte Erscheinung. Man wußte nichts mit ihr anzufangen, kannte weder ihre Entstehung noch ihre Herkunft, und so hatte man in der wissenschaftlichen Literatur über hundert Jahre lang nichts mehr von ihr gehört. Erst im Jahre 1866 finden wir die Kokosperle wieder erwähnt. Dann aber berichtete 1866 Dr. Riedel, Ex-Resident von Menado, daß er beim Öffnen einer Kokosnuß in ihr eine Perle gefunden habe, so daß nun wenigstens einwandfrei durch eine zuverlässige Persönlichkeit festgestellt war, daß die Kokosperle wirklich aus der Kokosnuß stamme, was bis dahin nur auf Grund der Aussagen von Eingeborenen angenommen worden war. Im Jahre 1900 wird die Kokosperle dann noch einmal von Steat erwähnt und damit ist die ganze Literatur über diesen Gegenstand erschöpft.

Nun traf der holländische Botaniker und Forschungsreisende F. W. L. Hunger vor nicht langer Zeit auf einer seiner Reisen einen Eingeborenen aus Britisch-Indien, der ihm eine prächtige Perle zeigte, die er selbst in einer geöffneten Kokosnuß gefunden haben wollte. Er schwur dem Gelehrten, daß seine Perle im Kokosfleisch festgelesen habe, und zwar gerade an der Stelle, wo normalerweise der Keimling liegt. Später begegnete Dr. Hunger auf Borneo noch einem Araber, der ihm das gleiche berichtete, und so war die Grundlage für eine Hypothese der Entstehung der Perle geschaffen, über die Hunger eine interessante Mitteilung macht: Bei der nor-

malen Keimung der Kokosnuß vergrößert sich der Keimling und ein Teil wächst aus dem Kokosfleisch, in dem der Keimling eingebettet liegt, nach innen in den Hohlraum der Nuß hinein, während der zukünftige Stamm sich einen Weg durch eins der drei „Keimlöcher“ bahnt. Wenn nun, meint Hunger, der Keimungsprozess durch irgendeine Ursache auf einer frühen Entwicklungsstufe zum Stillstand kommt, in der sich der noch in den wachsenden Teil eben in den Hohlraum verwickelt, so ist es denkbar, daß dieser Teil unter der Einwirkung der Kokosmilch inkrustiert wird und sich so allmählich die völlig versteinerte Perle bildet. Das kann bei Rüssen geschehen, denen die Keimungslöcher fehlen; denn ein Durchbohren der harten Schale ist dem Keimling völlig unmöglich. Solche ganz geschlossenen Rüsse sind sehr selten und die „Kelapa boete“, das

## Luther,



der das Zentrum vom Marxismus bekehrt und lutherisch gemacht hat.

heißt blinde Kokosnuß, ist den Eingeborenen ein auserlesener Talisman, den sie selbstverständlich höchst ungern hergeben. Es gelang aber unserem Naturforscher schließlich doch, aus Borneo, Neu-Guinea und anderen Gegenden acht solcher Boetas zu erwerben, die natürlich unter großer Spannung geöffnet wurden. Die ersten vier Rüsse enthielten nichts von einer Perle; die Enttäuschung war groß. Um so größer war dann die Freude, als beim Öffnen der fünften Nuß eine prächtige, noch leuchtende Kokosperle gefunden wurde, und zwar sah sie genau an dem Grunde der Nuß, dicht unter der Stelle, wo die Keimlöcher hätten sitzen müssen. Die sechste und siebente Nuß waren wieder perlensfrei und die achte wurde noch nicht geöffnet.

Wenn Hunger nun auch bloß eine einzige Perle gefunden hat, die ihm als Beweis seiner Annahme dienen kann, und wenn er sich auch in seinen Schlussfolgerungen recht vorsichtig ausdrückt, so läßt sich wohl kaum daran zweifeln, daß in der Tat die Perle ein verfeinerter, mit kohlenstoffreichem Kalk durchtränkter Embryonenteil ist. Aus der menschlichen und tierischen Pathologie kennen wir versteinerte oder mumifizierte Embryonen, die als Lithopädon oder Lithotheton bezeichnet werden; die Kokosperle dürfte demnach als analoges pflanzliches Gebilde aufzufassen sein. Dr. W.

## Die Zuverlässigkeit der Meteorologie.

„Es gibt keine Wissenschaft“, so plaudert Guitbert, der Direktor des Wetterdienstes am „Matin“, „die im Publikum so wenig Vertrauen genießt, wie die Meteorologie. Es gibt sogar immer noch Gelehrte, die die Vorurteile der Massen teilen und in gelehrten Abhandlungen davor warnen, daß diese Wissenschaft noch immer in den Kinderschuhen stehe. Man hat es dabei mit einem weitverbreiteten Irrtum zu tun. Weil man das Wetter nicht mit untrügllicher Sicherheit voraussagen kann, weil von Zeit zu Zeit Irrtümer unvermeidlich sind, wagt man den unlogischen Schluß, eine meteorologische Wissenschaft existiere nicht. Dabei ist die Vorausbestimmung des Wetters nur ein Zweig, die praktische Anwendung der Meteorologie. Klimatunde und Wetterstatistik sind Teilgebiete dieser Wissenschaft, und auch die Vorausbestimmung trifft in den meisten Fällen zu. Die täglichen Erfolge sind keineswegs zufällig oder persönlichen dynamischen Fähigkeiten zuzuschreiben; man gewinnt sie dank der Anwendung der neuesten Erkenntnisse, die vornehmlich auf mathematischem Gebiet liegen, und die noch vor 35 Jahren völlig unbekannt waren. Solange es nicht möglich war, die Ursachen der täglichen Veränderung am Barometer zu erkennen, gab es natürlich keine wissenschaftlich exakte Wettervorhersage. Heute kann man für jeden Tag und den darauffolgenden die Veränderung des Luftdrucks über Europa vorausbestimmen; man kann sie sogar bis in die Gegenden ermitteln, wo die Veränderung ihr Maximum oder Minimum erreicht. Und da das Wetter, der Wind, der Zustand des Himmels und die Temperatur mit dem Barometer zusammenhängen, kann man, indem man auf wissenschaftlichem Weg die Veränderung des Barometers vorherbestimmen kann, das Gleiche mit dem zu erwartenden Wetter tun. Diese Vorausbestimmung, die sich auf festen und exakten Voraussetzungen aufbaut, beruht demnach nicht mehr auf Erfahrung, sondern auf wissenschaftlicher Methode. Trotz dem ist die Meteorologie immer noch verbesserungsfähig. Vor allen Dingen müssen die Beobachter die erforderlichen Kenntnisse besitzen; denn vorerst ist man noch weit entfernt von dem idealen Zustand, in dem vollkommen einwandfreie Wettermeldungen, wie sie nun einmal zu einer zuverlässigen Vorausbestimmung notwendig sind, geliefert werden. Sehr viele Wettermeldungen sind absolut falsch, und manche Prognose, die aufgestellt wird, erweist sich durch einen Uebermittlungsfehler als unzutreffend. Andererseits muß darauf hingewiesen werden, daß das Barometer nicht der einzige Herr des Wetters ist. Die Wolkenbildungen spielen noch eine sehr große Rolle. Aus diesem Grund ist die Wetterbeobachtung gewöhnlich recht schwierig; denn die sachkundigen Beobachter dieser Wolkenbildungen sind außerordentlich selten. Wenn z. B. die Wolken bei einem Luftdruck von 770 Millimeter Regen und bei einem Luftdruck von 755 Millimeter schönes Wetter mit sich bringen, begehen die meisten Meteorologen Irrtümer. Aber diese Fälle sind nur Ausnahmen. Man darf also den Schluß wagen, daß die Meteorologie vor jedem kompetenten Richter bestehen kann.

Ein Wunderwerk moderner Technik. In dem Lande der gewaltigsten Bauwerke, das die Wunderbauten der Pharaonen entstehen sah, wird im Juli dieses Jahres ein Riesennetz moderner Technik vollendet werden, das sich diesen Taten des Altertums würdig zur Seite stellen läßt: der mächtige Staudamm von Sennar, der sich der 450 Millionen Hektoliter täglich betragenden Flut des Blauen Nils stauend entgegenstellen wird. Zur Errichtung dieses Damms, der eine Länge von zwei englischen Meilen und an seiner stärksten Stelle eine Dicke von 90 Fuß aufweist, und der den 2140 englische Meilen von seiner Mündung entfernt steht, hat sich eine ganze Arbeiterstadt mit 25 000 Einwohnern, mit elektrischem Licht, Wasser, und Eisversorgung mitten in der Wüste gebildet, dort, wo noch vor zwei Jahren ungeführ Krokodile im Nil schwammen und Baviane friedlich an den Ufern spielten. Noch vor 25 Jahren konnte ein Forschungsreisender von jenem Gebirge sagen: „Nördlich von Abartum ist der Sudan eine Wüste; südlich ein Ueberflutungsgebiet.“ Hier werden vom nächsten Jahre ab bereits 312 000 Acres der Bebauung erschlossen, und für die Zukunft werden neue Bewässerungspläne erwogen, die ein Gebiet von drei Millionen Acres einbeziehen. Dieses Werk stellt die letzte Krönung von durch die Jahrtausende zurückreichenden Bewässerungsplänen dar, denn bei der Seltenheit der Regenfälle im Sudan ist die Bevölkerung ganz von den Fluten des Nils abhängig, deren genaue Erforschung und Regulierung schon zu den Zeiten der Pharaonen zu einer Wissenschaft ausgebildet worden ist. Diese nach unseren heutigen Begriffen ziemlich primitiven Methoden sind bis in unsere Tage die herrschenden geblieben. Doch schon vor 10 000 Jahren hat ein genialer Erfinder das von Ochsen getriebene Wasserrad, das saquia genannt wird, entdeckt. Aber alle diese Methoden werden bald der Vergangenheit angehören, wenn der große Staudamm seine Vollendung gefunden haben wird. Die Kosten dieses gewaltigen Baues betragen eine viertel Milliarde Goldmark.

## Das Glück des Brüller-Lagers.

Von Bret Harie.

(Schluß.)

Auch die Befehle der sittlichen und sozialen Hygiene wurden nicht vernachlässigt. Tompp, von dem man annahm, er verbringe sein ganzes Leben in einem ununterbrochenen Bestreben nach Ruhe, durfte durch keinen Börm gestört werden. Das Schreien und Heulen, das dem Lager seinen unglücklichen Titel eingetragen hatte, war innerhalb Hörweite von Stumpys Hütte nicht erlaubt. Die Leute unterhielten sich flüsternd oder rauchten mit indianischem Ernst. Kokosmusik war nicht verboten, da man sie für befriedigend und beruhigend hielt, und ein Lied, das „Jad der Seeheld“, ein englischer Matrose aus Ihrer Majestät australischen Kolonien, sang, war als Wiegenlied sehr beliebt. Es war ein schwermütiger Bericht von dem Heldentaten der „Arctusa“, vierundsechzig Kanonen in gedämpftem Mollton, und jeder Bers schloß mit einem hinterstehenden, langgezogenen Kehrraum: „An Bo-o-o-ord der Arctusa.“

Es war ein schöner Anblick, Jad zu sehen, wie er das Glück auf den Armen hielt, sich von einer Seite zur anderen wiegte, wie auf einem schaukelnden Schiff, und sein Matrosenlied summite. Entweder durch das seltsame Wiegen oder die Länge seines Liedes — es enthielt neunzig Stanzas und wurde mit gewissenhafter Ueberlegung bis zum bitteren Ende fortgesetzt — hatte das Wiegenlied in der Regel die erwünschte Wirkung. Zu solchen Zeiten pflegten die Goldgräber der ganzen Länge nach in dem sanften Sommerzwielicht unter den Bäumen zu liegen, ihre Pfeifen rauchend und die melodischen Töne schlürfend. Ein unbestimmter Gedanke, daß dies ein idyllisches Glück sei, kam über das Lager. „So 'ne Sache,“ sagte der Londoner Simons, indem er sich vorjammerte auf seine Ellbogen stützte, „ist himmlisch.“ Es erinnerte ihn an Greenwich.

An den langen Sommerabenden wurde das Glück gewöhnlich nach der Schlucht getragen, aus der das Brüller-Lager sein Gold holte. Dort, auf einer Decke, die über Fichtenzweige gebreitet wurde, pflegte es zu liegen, während die Männer drunten in den Gruben arbeiteten. Später wurde ein tunkelster Versuch gemacht, diese Loube mit Blumen und süßduftenden Sträußchen zu schmücken, und gewöhnlich brachte ihm irgend jemand einen Strauß von mildem Geißblatt, Kypelen oder die bunten Hüten der Mariposen.

Die Männer waren plötzlich zu dem Bewußtsein erwacht, daß Schönheit und Bedeutung in diesen Kleinigkeiten lagen, die sie solange achtlos mit Füßen getreten hatten. Ein Blättchen glühenden Glimmers, ein Stück buntfarbigen Quarzes, ein schimmernder Kiesel aus dem Bett des Baches gewannen nun in ihnen so geklärten und gestärkten Augen Schönheit und wurden regelmäßig für das Glück beiseite gelegt. Es war wunderbar, wie viele Schätze der Wald und die Hügelhänge spendeten, die „für Tompp passen würden“. Umgeben von Spießsachen, wie sie außerhalb des Feenreiches nie zuvor ein Kind besessen hatte, war Tompp offenbar zufrieden. Er schien gewiß glücklich zu sein, obwohl eine kindliche Ernsthaftigkeit in ihm war und ein sinnender Glanz in seinen runden grauen Augen, der Stumpy manchmal beunruhigte. Er war stets folgsam und ruhig, und es wird berichtet, daß er einstmals, als er über seinen Corral — eine Hecke von gelochtenen Fichtenzweigen, die sein Bett umgab — gesprochen war, kopfüber den weichen Damm in die weiche Erde fiel und, die roten Beine in der Luft, wenigstens fünf Minuten in dieser Lage mit unerschütterlichem Ernst verweilte. Er ließ sich ohne einen Laut herabsziehen.

Doch ob er nun über die Fichtenzweige hinauskroch oder träge auf dem Rücken lag und zu den Blättern hinaufblinzelte — für ihn langen die Vögel, für ihn piffen die Eischhörchen. Die Natur war seine Amme und seine Spielgefährtin. Für ihn ließ sie durch das Laub goldene Sonnenstrahlen schlüpfen, die gerade in die Reichweite seiner Hände fielen; für ihn schickte sie schweißende Brisen, die ihn mit dem Duft des Rohrbeers und harzigen Gummi besuchten; ihm nickten die hohen Rotholzbäume verrout und schläfrig zu, und die Hummeln summten, und die Krähen krächzten eine einschläfernde Begleitmelodie.

Es war der goldene Sommer des Brüller-Lagers. Es war eine „Blütezeit“, und das Glück weilte bei ihnen. Die Gruben hatten ungemeine Erträge gegeben.

Mit dem Gedeihen des Lagers regte sich Verlangen nach weiteren Verbesserungen. Es wurde vorgeschlagen, im nächsten Frühling ein Hotel zu bauen und eine oder zwei anständige Familien einzuladen, dort zu wohnen — dem „Glück“ zuliebe, dem vielleicht weibliche Gesellschaft von Nutzen sein würde. Das Opfer, das eine solche Konzession an das andere Geschlecht diese Männer kostete, die in bezug auf dessen allgemeine Tugend und Nützlichkeit ähnerst skeptisch waren, kann nur aus ihrer Reizung für Tompp erklärt werden. Einige wenige leisteten noch Widerstand. Aber der Plan konnte vor drei Monaten nicht verwirklicht werden, und die Winori-

tät gab sanftmütig nach in der Hoffnung, daß irgend etwas geschehen würde, um ihn zu verhindern. Und es geschah etwas.

An den Winter von 1851 wird man sich in den Hügeln noch lange erinnern. Hoch lag der Schnee in den Sierras, und jeder Waldbach wurde ein Fluß und jeder Fluß ein See. Jede Schlucht und jeder Riß verwandelte sich in einen wilden Wasserfall, der die Bergwände herabstürzte, riesige Bäume umriß und die Trümmer in die Ebene hinausschwemmte. Der Rote Hund war schon zweimal unter Wasser gestanden, und das Brüller-Lager wurde gewarnt.

„Das Wasser,“ sagte Stumpy, „bringt das Gold in die Schlucht. 's ist einmal hier gewesen, und 's wird wieder hier sein.“

Und in dieser Nacht sprang die Nordhabel plötzlich über ihre Ufer und legte das dreieckige Tal des Brüller-Lagers hinan.

In der Verwirrung der rauschenden Gewässer, der zermalmdenden Bäume, des trachenden Holzwerks und in der Finsternis, die zugleich mit dem Wasser hereinzufließen und des schönen Tal fortzuwischen schien, konnte nur wenig getan werden, um die zerstreut wohnenden Leute des Lagers zu sammeln. Als der Morgen dämmerte, war Stumpys Hütte, die dem Ufer zunächst stand, fort. Weiter oben in der Schlucht fand man den Leichnam ihres unglücklichen Besitzers; aber der Stolz, die Hoffnung, die Freude, das Glück des Brüller-Lagers war verschwunden. Sie kehrten traurigen Herzens um, als ein Ruf vom Ufer her sie zurückrief.

Es war ein Rettungsboot vom Unterlauf des Flusses. Sie hätten, sagten die Leute, ungefähr zwei Meilen weiter unten einen Mann und ein Kind in oft völlig erschöpftem Zustand aufgefischt. Ob jemand sie kenne und ob sie hierher gehörten?

Es bedurfte nur eines Blickes, um ihnen zu zeigen, daß Kentud hier lag, grauam zerquetscht und zerfchlagen, aber immer noch das Glück des Brüller-Lagers mit seinen Armen umschlingend. Als sie sich über das seltsam vereinigte Paar neigten, sahen sie, daß das Kind kalt war und sein Puls nicht mehr schlug.

„Er ist tot,“ sagte einer. Kentud schlug die Augen auf.

„Tot?“ wiederholte er matt.

„Ja, mein Junge, und auch du bist dem Tode nahe.“

Ein Lächeln erhellte die Augen des sterbenden Kentud.

„Dem Tode,“ wiederholte er. „Er nimmt mich mit sich.“

Sagt den Jungen, daß ich jetzt das Glück für immer bei mir habe.“ Und der starke Mann klammerte sich an das schwache Kind, wie ein Ertrinkender sich wohl an einen Strohhalm klammert, und trieb hinaus in jenen schattigen Fluß, der ewig dem unbekanntem Meere zufließt.

